

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Postsendung ins Haus für den Monat September 150 Mk., im voraus zahlbar. Einzelnummern nehmen sämtliche Postämter entgegen. Gesamtertrag: 1920, 1921 und 1922: 1000000 Mk. Redaktion: Danks 1970, 1971 und 1972: 1000000 Mk. Redaktion: Danks 1970, 1971 und 1972: 1000000 Mk.

Wie zweijährige Nonpareil- oder deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Inflationsteuer. Kleine Anzeigen: Das letzte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk., einschließlich Inflationsteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Suchungen 10.— Mk. netto pro Seite. Straßen-Belege in Wort-Anzeigen: das letzte gebrauchte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk. Redaktion: Henschel-Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Von Gotha bis Gera

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei von 1917 bis 1922

Der am 20. September in Gera zusammentretende Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird der letzte Parteitag unserer Partei sein. In Gera wird sie die Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschließen, von der sie sich 1917 in Gotha getrennt hat. Gleichzeitig wird in Augsburg die Sozialdemokratische Partei denselben Beschluß fassen und ein Vereinigungsparteitag in Nürnberg wird am 24. September das Einigungswerk krönen. Beide Parteien werden ihre Sonderexistenz aufgeben und sich verschmelzen zur „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Das ist ein Vorgang von großer geschichtlicher Bedeutung.

Das Bestehen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei als selbständige Partei umfaßt die letzten Jahre des Weltkrieges und die Revolutionszeit. Die Spaltung der alten Sozialdemokratischen Partei erfolgte bekanntlich wegen der Bewilligung der Kriegskredite und der darüber hinausgehenden Unterstützung der Kriegspolitik des kaiserlichen Regiments, die zu einer Preisgabe der politischen Selbstständigkeit der Partei und einer Kompromißpolitik mit den bürgerlichen Mittelparteien geführt hatte. Die Opposition gegen diese Politik der Parteileitung war immer stärker geworden. In der Reichstagsfraktion zählten bereits 44 Abgeordnete zur Opposition, denen 66 Abgeordnete der Mehrheit gegenüberstanden.

Die Opposition hoffte, in absehbarer Zeit die Mehrheit in der Partei zu erhalten und auf dem ersten Parteitage nach dem Kriege das Steuer der Partei wieder herumwerfen zu können. Sie wollte in der Organisation bleiben und durch das demokratische Prinzip der Mehrheit siegen. Das wurde ihr unmöglich gemacht durch Beschlüsse der Parteileitung und des Parteiausschusses, die alle Angehörige der Opposition „außerhalb der Partei“ stellten. So war die Opposition zur Gründung einer selbständigen politischen Partei gezwungen, wenn sie nicht politisch tot sein wollte. Vom 6. bis 8. April 1917 tagte in Gotha der Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Die neue Partei erklärte als ihren Zweck, „im Interesse der Arbeiterklasse eine unabhängige und selbständige Politik betreiben zu wollen, geleitet von den Grundföhen und Forderungen des Parteiprogramms, der Parteitagbeschlüsse und der Beschlüsse der internationalen Kongresse“. Im Reichstag und im Lande entfaltete die Partei eine eifrige Propaganda gegen die Fortführung des Krieges zu Eroberungszwecken. Sie wurde von den Machthabern des alten Systems verfolgt, ihre Wortführer zu Zuchthaus, Gefängnis und Festungshaft verurteilt. Aber sie setzte ihre Aufrüttelungsarbeit trotz aller Verfolgungen fort. Als im November 1918 das alte System an der Front und in der Heimat zusammenbrach, war die Unabhängige Sozialdemokratische Partei die entschiedenste Vertreterin der Revolution.

Der in den Arbeiter- und Soldatenräten organisierte Massenwille forderte stürmisch eine sozialistische Regierung aus Vertretern beider Parteien. Leider war es nicht möglich, im Sturm und Drang der ersten Revolutionswochen auch die organisatorische Wiedervereinigung der beiden Parteien durchzuführen. Der rechte Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands suchte wieder Anlehnung an das Bürgertum, und die Mächte des alten Systems, der linke Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wollte nach russischem Muster „die Revolution weiterreiben“. Darüber gingen die sozialistischen Regierungen im Reich und in den Einzelstaaten in die Brüche.

Die rechtssozialistische Partei nahm nun wieder ihre alte Kompromißpolitik der Kriegszeit auf und bildete Regierungskoalitionen mit dem Bürgertum. Aus dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei war die „kommunistische Partei“ entstanden, die von den russischen Bolschewisten in sinnlose Gewalt- und Putschpolitik hineingetrieben wurde. Der Moskauer Kurs half dem alten Militarismus wieder auf die Beine und trieb die revolutionären Massen in schärfste Opposition zu den sozialistisch-bürgerlichen Koalitionsregierungen in deren Namen die militärische Niederwerfung der Revolution erfolgte. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wurde zum Sammelbecken des revolutionären Proletariats. Auf ihrem Märzparteitage in Berlin 1919 zählte sie 300 000 Mitglieder, auf ihrem ersten Leipziger Parteitage im November-Dezember 1919 bereits 800 000.

Die Reaktion wurde immer dreister. Im März 1920 suchte sie im Kapp-Putsch die politische Macht offen wieder an sich zu reißen. Der Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten vereitelte den Staatsstreich. Wieder wie in den ersten Revolutionstagen standen die beiden sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften geschlossen gegen die Reaktion zusammen. Aber auch diesmal gelang es nicht, daraus zur organisatorischen Wiedervereinigung zu kommen. Die Reichstagswahlen im Juni 1920 brachten einen katastrophalen Rückgang der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und einen beispiellosen Aufstieg der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Sie war auf dem Wege, die Massenpartei des revolutionären Proletariats zu werden, die entschiedenen Elemente der rechtssozialistischen Partei zu sich herüberzuziehen.

Um dieser Gefahr zu begegnen, trat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus der Regierungskoalition aus und ging wieder in die Opposition. Gleichzeitig wurde von Moskau durch die 21 Bedingungen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in zwei Hälften gespalten. Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Oktober 1920 in Halle, auf dem die Spaltung erfolgte, wurde zum Wendepunkt der Parteigestaltung des sozialistischen Proletariats in Deutschland. Von nun an wurde es für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei immer mehr unmöglich, die sozialistischen Elemente rechts und links von sich in ihre Organisation hineinzuziehen und auf diese Weise das ganze sozialistische Proletariat in einer Partei zusammenzufassen. Die aus der Moskauer Hälfte der Partei mit dem Rest der stark zusammengeschmolzenen kommunistischen Partei gebildete „Vereinigte kommunistische Partei“ erlebte in dem von Moskauer „Turfestern“ inszenierten Märzputsch 1921 einen katastrophalen Zusammenbruch. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei brauchte etwa ein Jahr zur Ueberwindung der Spaltung und Konsolidierung ihrer Organisation.

Vom Mai 1921 an, mit der durch das Londoner Ultimatum der Entente gebildeten rechtssozialistisch-bürgerlichen Koalitionsregierung, wuchs wieder eine Annäherung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Mord an Erzberger im September 1921 führte die Parteien wieder zu gemeinsamer Abwehraktion gegen die Reaktion zusammen. Die Möglichkeit einer Wiedervereinigung tat sich auf. Da zerstörte der rechtssozialistische Parteitag in Göttingen im Oktober 1921 aufs neue diese Möglichkeit durch seine Bereitschaftserklärung, die Regierungskoalition

auf die Stinnespartei auszudehnen. Statt einer Annäherung vollzog sich eine neue Entfremdung der beiden Parteien. Auf ihrem Konsolidierungsparteitag in Leipzig im Januar 1922 gab die Unabhängige Sozialdemokratische Partei die Antwort auf Göttingen: die Abgabe an die bisherige Koalitionspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und gleichzeitig den Aufruf zur Einigung auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes.

Trotz äußerer gegenseitiger Bekämpfung zwischen Sozialdemokratischer Partei und Unabhängiger Sozialdemokratischer Partei vollzog sich nun aber unter der Oberfläche eine immer größere Annäherung der Politik beider Parteien. In der Außenpolitik, von der 1917 die Spaltung ausgegangen, war kaum noch ein Unterschied in der Stellungnahme der beiden Parteien vorhanden. In der inneren Politik sorgte die immer reaktionärer werdende Haltung der bürgerlichen Koalitionsparteien für eine immer größere Radikalisierung der Arbeitermassen in der rechtssozialistischen Partei, drängte sie wieder auf die Bahn des Klassenkampfes. Den Rattenmord machte das offenbar. Nicht nur, daß das sozialistische Proletariat wieder wie mit einem Schlag in geschlossener Abwehrfront gegen die Reaktion zusammenstand, diesmal brach zugleich elementar aus beiden Parteien der Wille zu dauerndem Zusammenschluß, zur organisatorischen Wiedervereinigung beider Parteien hervor, um den Klassenkampf gegen Reaktion und Kapitalismus in geschlossener Einheitsfront führen zu können.

So ist aus dem jahrelangen Abstoßen und Anziehen der beiden Parteien schließlich eine Situation erwachsen, in der die Kräfte zum Zusammenschluß sich als die stärkeren erwiesen. Gewiss bestehen auch jetzt noch Gegensätze der Auffassungen, aber sie sind nicht mehr so groß, um das Neben- und Nebeneinanderbestehen zweier gesonderter Parteien zu rechtfertigen. In der wiedervereinigten Partei werden die verschiedenen Auffassungen um die Mehrheit ringen. Die Demokratie in der Organisation wird entscheiden. Einheitlichkeit in der Aktion und Freiheit in der Diskussion wird das Wesen der Partei sein.

Wenn wir den hier in rohen Umrissen skizzierten Entwicklungsgang der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Sturm und Drang der geschichtlichen Begebenheiten an den Parteitagen als den Mercksteinen der Partei feststellen wollen, so können wir unsere Parteitage etwa in folgender Weise charakterisieren. Gotha, April 1917: Gründungs-Parteitag; Berlin, März 1919: Revolutions-Parteitag; Leipzig, November-Dezember 1919: Sammlungs-Parteitag; Halle, Oktober 1920: Sammlungs-Parteitag; Leipzig, Januar 1922: Konsolidierungs-Parteitag; Gera, September 1922: Verschmelzungs-Parteitag. In diesen Stichworten liegt die Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei als selbständiger politischer Partei.

Der spätere Geschichtsschreiber wird die Unabhängige Sozialdemokratische Partei einst würdigen als die Wahrenin und Hüterin der Grundföhe des wissenschaftlichen Sozialismus in Krieg und Revolution. Ihre Mission als selbständige politische Organisation ist beendet, aber ihr Geist des proletarischen Klassenkampfes wird in den „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ weiterleben und die Politik und Taktik der deutschen Sozialdemokratie befruchten und lenken zur Eroberung der politischen Macht und Verwirklichung des Sozialismus. Wilhelm Dittmann.

Die Orientkrise

D. N. London, 10. September. In der gestrigen Sitzung des Kabinetts wurde kein Beschluss gefasst. Der Ministerrat wird sich heute morgen wieder ver sammeln; der Sitzung werden auch militärische Sachverständige beiwohnen. Am Mittelpunkt der Besprechung steht freilich die Orientkrise, insbesondere das Verhalten der französischen Regierung im Zusammenhang mit den Mitteilungen, die der französische Geschäftsträger gestern Abend über den Standpunkt seiner Regierung gemacht hatte. Nach dem heutigen Ministerrat soll Lord Curzon sofort nach Paris abreisen, um dort mit Poincaré persönlich zu verhandeln. Es scheint, daß die Haltung der englischen Regierung nicht wenig beeinflusst wird durch die lässige Aufnahme, die die Aufforderung, Truppenverstärkungen nach den Dardanellen zu entsenden, bei den meisten Dominions gefunden hat. Die gestrige Ankündigung Australiens wird heute wesentlich abgeschwächt durch eine Meldung, wonach die Frage der Truppenverstärkungen erst dem Parlament vorgelegt werden soll, und aus Canada, wie aus Südafrika eintreffenden Meldungen berichten von einem offenen Widerstand gegen die Beteiligung an einem neuen europäischen Kriege. In informierten Kreisen verläutet, daß die Regierungen der drei wichtigsten Dominions der englischen Regierung dringend nahegelegt haben, den Versuch zu machen, die Frage ohne militärische Aktionen zu lösen.

„Kein neuer Krieg“

(EE.) London, 10. Sept. Neuter veröffentlicht folgende Erklärung: Es kann keine Rede davon sein, daß die englische Regierung irgend etwas unternimmt, was auf einen maritimen Unternehmungen plane. Die Lage stellt sich wie folgt dar: Die Alliierten hatten seit einiger Zeit Truppen in Konstantinopel und in der neutralen Zone am Bosphorus und an den Dardanellen. Die französischen, englischen und italienischen Truppen sollten die Bestimmungen des Vertrages von Sybrus durch. Es erhebt sich einfach die Frage, diese Streitkräfte gegen jede mögliche Gefahr zu schützen, und nicht den Krieg gegen irgend jemand, wer es auch sei, zu unternehmen. Kemal Pascha ist verhandelt worden, daß er die neutrale Zone zu revidieren habe. Verstehe er sie nicht, so würde es keinen Krieg geben. Wenn er sie trotzdem verlegt, so müßte man ihm entweder nachgeben oder Widerstand zu leisten beschließen. Dennoch endgültige Mitteilungen über die Absichten Mustafa Kemals nicht vorliegen, steht es bereits fest, daß er kurz nach seiner Ankunft in Smirna der englischen Regierung bekanntgab, er betrachte sich nicht als mit England im Kriegszustand befindlich.

Die Stellung Frankreichs

(WZ.) Paris, 10. September. Wie der Matin mitteilt, hat der französische Geschäftsträger in London bei seinem Besuch im Foreign Office der englischen Regierung die Art und Weise zur Kenntnis gebracht, wie Frankreich die Regelung des Friedens im Orient beabsichtigt, und England Mitteilung gemacht von der Erregung, die sich der öffentlichen Meinung in Frankreich bemächtigt habe, und von der Unruhe, die die französische Regierung angeht. Er hat die Erklärung der englischen Regierung empfunden. Er habe betont, daß in keinem Fall französische Truppen an der Seite der Griechen kämpfen könnten, und mitgeteilt, daß, um einen Konflikt zwischen den französischen Truppen und den Türken zu vermeiden, Frankreich beschlossene habe, innerhalb 24 Stunden seine Truppenabteilungen, die gegenwärtig verschiedene Punkte der neutralen Zone besetzen, zurückzuziehen.

(EE.) Paris, 10. September. Poincaré empfing heute nachmittag den englischen Botschafter Lord Hardinge, morgen wird er Lord Curzon, der heute Abend eintrifft, empfangen.

Eine italienische Erklärung

(EE.) Mailand, 10. September. Die italienische Regierung ist entschlossen, sich unter keinen Umständen in den türkisch-griechischen Krieg einzumischen. Sie gedenkt, die italienischen Truppen in Kleinasien zurückzuziehen, falls ein Zusammenstoß mit den kemalistischen Truppen droht. Die nationalistischen und faschistischen Blätter betonen, Italien löse seinen Soldaten für die Verstärkung der Orient-Politik

Englands hergeben. Die italienische Öffentlichkeit verlangt, daß die Türkei wieder die volle Souveränität über Konstantinopel zurückerlangt. — Italien bleibe solidarisch mit den Alliierten in der Verteidigung der Freiheit der Meereengen, wünsche aber, den griechisch-türkischen Konflikt durch eine Konferenz beizulegen.

Absage aus Bukarest und Belgrad

(WZ.) Paris, 10. September. Wie der Petit Parisien mitteilen zu können erlaubt, werden die Kabinette von Bukarest und Belgrad auf die Einladung des englischen Kabinetts, an der Verteidigung der Meereengen teilzunehmen, antworten, daß man ebensowenig in Bukarest wie in Belgrad im gegenwärtigen Augenblick eine Aktion beabsichtige, deren Nutzen noch nicht auf der Hand liege.

Interalliierte Note an Mustafa Kemal

(EE.) Konstantinopel, 10. September 1922. Die ersten Dragomane der alliierten Oberkommissare übermittelten dem Vertreter der Regierung von Angora in Konstantinopel eine Note, in der ausgedrückt wird, England, Frankreich und Italien hielten es ohne den Bestimmungen des künftigen Friedensvertrages vorzugreifen für wünschenswert, die Neutralität der zur Zeit von den Alliierten im Gebiet von Konstantinopel und der Meereengen besetzten Zone aufrechtzuerhalten.

Die Absichten der Regierung Anoras werden wie folgt umschrieben: Infolge der Zurückeroberung von ganz Anatolien ist das Problem des nahen Ostens auf die Frage der Meereengen, Konstantinopels, Thrakiens, der Minderheiten und der Kapitulationen konzentriert. Die kemalistische Armee beabsichtigt, gegenwärtig keinerlei Verlegung der neutralen Zone. Aber die Regierung von Angora fordert die schnelle Regelung der zwischen der Türkei und den Alliierten schwebenden Fragen.

Neuerungen in der griechischen Armee

(WZ.) Paris, 10. September. Nach einer Meldung des Antragsagenten aus Belgrad sollen die griechischen Truppen in Thrazien reorganisiert und sich der Eisenbahnen bemächtigt haben, um in die Heimat zurückzufahren.

Die Reparationsfrage vor dem Völkerbund

(WZ.) Genf, 10. September. Am Ende der heutigen Abendkammer des Abrüstungsausschusses wurde plötzlich unter größter Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage zur Debatte gestellt. Lord Robert Cecil verlas einen ausführlichen Antrag, der als Voraussetzung für die Abrüstung die Lösung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden wie überhaupt der schwereren wirtschaftlichen Krise, die Deutschland und die ganze Welt bedrückt, bezeichnet. Unter größter Spannung aller Delegierten erklärte de Nouvenet, daß Frankreich mit einer Aussprache über diesen Punkt einverstanden sei, und daß die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge an Lord Cecil's Anregungen ausgearbeitet habe. Damit den anderen Delegationen Zeit zur Stellungnahme bleibe, beantragte er, daß er bei der nächsten Sitzung die Debatte eröffne. Weniger als irgendein anderes Volk habe das französische Volk, in diesem Falle eine negative Antwort zu geben. Schon bei seinem ersten Auftreten hier in Genf, sagte de Nouvenet, wies ich darauf hin, daß wir nur in einem Gespräch in der Abrüstungsfrage kommen können, wenn die Länder, die im Kriege einig waren, auch im Frieden einig bleiben. Der militärische Frieden könne nur die Folge der moralischen Abrüstung sein, wie schon früher Ribbentrop sagte: die Folge des intellektuellen Friedens. Wenn wir zu einer Konsolidierung des Friedens gelangen wollen, müssen die Folgen des letzten Krieges liquidiert sein.

Eine bemerkenswerte Auslandsstimme. Das Mittelmeer der früheren spanischen Abordnung in Genoa Clara Rigga äußert im „Sol“ die schwere Gefahr beginnender Arbeitseinstellungen in Deutschland. Nach dem Zusammenbruch Russlands und Oesterreichs werde die dritte ökonomische Dekadenz Frankreich mitreißen.

Die Garantieleistung

Die amtlichen Stellen hielten sich über die Einzelheiten des Abkommens zwischen der Reichsbank und der Bank von England in Schweigen. Es wird gesagt, daß es sich um kaufmännische Vereinbarungen handle und daß die Reichsregierung lediglich von der Tatsache Kenntnis zu nehmen habe, daß die Reichsbank die Garantie für die Schatzwechsel übernehmen wolle. Es ist klar, daß die Bank von England der deutschen Reichsbank keine Rückendeckung gewährt haben würde, wenn sie nicht reale Unterpfänder dafür erhalten hätte. Welcher Art diese aber sind, das ist noch nicht bekannt. Es kann angenommen werden, daß die 50 Millionen Goldmark, die die Reichsbank schon seit längerer Zeit bei der Bank von England liegen hat, den einen Teil dieser Pfänder darstellt. Für den Rest müssen wohl noch andere sichere Werte sichergestellt worden sein. Die Schatzscheine, die jetzt ausgegeben werden, stellen die Deckung der für die Reparationszahlungen, die die deutsche Regierung in den nächsten Monaten zu leisten hat, und zwar je 50 Goldmillionen am 15. August, am 15. September und am 15. Oktober und je 60 Goldmillionen am 15. November und 15. Dezember. Die Reichsregierung hat jetzt die Sicherheit, daß sie vor Ablauf von 18 Monaten diese Summen nicht erlegen braucht.

An der Börse scheint man die Bedingungen, unter denen das Abkommen geschlossen wurde, nicht besonders günstig zu beurteilen. Zunächst schien es gestern so, als ob der Markkurs sich wieder beseitigen würde. Bald aber schlug die Stimmung wieder um, so daß die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel, die anfänglich gemichen waren, ihren Stand vom Tage vorher fast wieder erreichen konnten. Die Notierungen der wichtigsten Devisen sind jetzt: 1 Dollar = 1473, 1 Pfund Sterling = 6508, 1 holländischer Gulden = 560, 1 schweizerischer Franken = 278, 1 französischer Frank = 113, 1 italienischer Lire = 62, 1 tschechische Krone = 40.

Eröffnungssitzung des Staatsgerichtshofes

Gestern vormittag trat im großen Sitzungssaal des Reichsgerichts in Leipzig der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. In der Eröffnungssprache führte Präsident Dr. Hagens aus: „Ich eröffne die erste Sitzung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik und hoffe, daß unsere Arbeit unserm deutschen Volke und Vaterlande zum Segen gereichen werde und daß wir uns das Vertrauen des deutschen Volkes erwerben werden. Die erste öffentliche Sitzung beschränkt sich auf die Verteidigung der bisher noch nicht verurteilten Herren.“

Darauf wurden die sechs Vizepräsidenten vereidigt, denen Dr. Hagens folgende Formel vor sprach: „Sie wollen schwören, daß Sie die Ihnen obliegenden Aufgaben eines Mitgliedes des Staatsgerichtshofes erfüllen und Ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abgeben werden.“

Die erste Sitzung des Staatsgerichtshofes am Dienstag nachmittag beschäftigte sich mit dem Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Die Entscheidung kann aber erst am Mittwochnachmittag als feststehend gelten, da bis dahin aus dem Kreise des Richterkollegiums über diesen Fall, wie über andere Fälle von Zeitungsverboten noch urteilabändernde Anträge gestellt werden können. — Das Gericht hat sich schließlich auf den Standpunkt gestellt, keine öffentliche Verhandlung abzuhalten, da eine solche erst nach dem Rathenau-Prozess, der nunmehr bestimmt auf den 3. Oktober festgesetzt worden ist und wohl auch nach dem Scheidemann-Prozess, zu dem der Termin noch nicht feststeht, verschoben werden müßte.

Dr. Birtz und Hermes gehen in Urlaub. Wie die „Dena“ meldet, gedenken der Reichsfinanzler und der Reichsfinanzminister nunmehr ihren Urlaub anzutreten. Desgleichen wird Reichsbankpräsident Davenstein seinen Urlaub antreten.

Der Film am Mittwoch

Filmschau

Bei der Uraufführung des „Grasen Essex“ gab im Marmorhaus großen Tumult. Es sind zweimal soviel Gäste, wie das Theater sagt, eingeladen worden, also konnte nicht jeder untergebracht werden. Das Marmorhaus, neben den Ufahäusern das beseligste Kino Berlins, soll hier — da ihm anscheinend sonst niemand besichtigt — gegen die von der Presse erhobenen Vorwürfe Schutz finden: Die Schuld liegt an der Nationalfilm-Gesellschaft, denn diese hatte die Einladungen eigenmächtig, und zwar, wie das in solchen Fällen ja gebräuchlich ist, an alle möglichen, besonders aber unumwundenen Freunde und Gönner verschickt, die in einer Pressevorführung nichts zu suchen haben. Erkennbar als das vom Nationalfilm so beweihiene Organisationsstadium ist der Film selbst. Er hat allgemein schlechteren Dargestellten als sein Vorgänger, der „Graf von Charolais“, folglich ist er unvergleichlich besser. Auch er stammt von einem bekannten Bühnenwerk ab, das heißt, eigentlich stammt er von mehreren ab, doch führt er sich im Aufbau der Handlung hauptsächlich auf den „Essex“ von Heinrich Laube, von jenem vollständigen Theatermann, dem wir die Blüte des alten Durschtheaters verdanken. Die raffinierteste Wirksamkeit des Bühnenstücks ist hier glücklich ins Filmische übertragen worden. Nur das Antrietend der Dofente, worin sich Essex verkanten soll, mutet im Film viel zu kindlich an. Esponnen an, eben weil hier das Wort fehlt, um Väterliches zu verweisen. Die Stellen sich die Minister der Königin Elisabeth das vor, wenn sie alle Berichte und Vorkosten, die Essex ihr aus dem Feldlager sendet, so mir nicht dir nicht abfragen und vernichten, um ihn daraufhin, unbefähigt um die ihm trotzdem noch verbleibenden Beweise seiner Unschuld, des Hochverrats anzuklagen und der königlichen Gnade zu berauben? Gewiß, man soll bei Speichelfedern der Admaltshöfe keine Einsicht und kein Verantwortungsgefühl voraussetzen; aber — wenn man ihnen schon sonntags Präzedenzen absprechen geneigt ist — im Spinnen unheilvoller Intrigen sind sie Meister! Und eben das bringt der Film nicht übereinstimmend genug zum Ausdruck, obwohl die Darsteller (Wolfer, Kortner, von Altmann, Friedrich Kühne, Eva Man, James Straub) fast ohne Ausnahme bis ins kleinste Charakteristische Typen schäufen. Die Reale (Peter Paul Freiner) stellt Massenmänner, die gegen die Schablone annehmen abstecken: Waffen sind endlich einmal keine geschminkte Dekoration des märktischen Sandes, sie sind lebendig und dem Abtunnen der hier gefühlvollen Zeit verführerisch anpassend. Auch photovaropischen und archaischen Aberrant dieser Film nicht nur den guten Durchschnitt, sondern auch die Gattung der sogenannten „Großfilme“ bei weltlich.

Tief unter dem Durchnitt steht „Sodom's Ende“ (im Tauentzienpalast), nach dem Reiter Hermann Sudermann. Dabei ist der Film noch lange nicht so unerquicklich wie das Drama. Dessen verlogener Realismus — es ist, als hätte sich die Courtis-Maler den Badenbair Hofens angeklebt und Schritte anherdem noch in Offiziersuniform einher — und dessen schelmische Effektmache sprechen auch aus den Bildern, zu unserer Freude aber nicht mit jenen ebenfalls schelmigen Worten. Der Realist Felix Bach wachte nicht recht, ob er sich an die neunziger Jahre des Dramas halten, oder ob er aktuell werden soll; daher mißfiel er in seiner Unfähigkeit beide Epochen zusammen, und heraus kam Derrina mit Scholadenanfänger.

Im Ufa-Palast läuft der „Lumpaciwaagabundus“, dessen Stoff der Poete Johann Neffrog entnommen ist. Nur der Stoff, denn der satirische Geist Neffrog, der mit dem Vorwärtigen Puncten schlägt, einzufangen, das liegt nicht im Bereich der Filmmöglichkeiten. Wenigstens nicht in einer Stadt wie Berlin, wo man Humor und Satire miteinander verwechselt, und wo die „gelesene“ Zeitung (die N. A.) neulich bei Aufzählung einiger Humoristen neben Marcel Salzer auch „Karl Kraus“ nannte, dessen Namen sie also ebenso dadurch entwehlt, daß sie ihn in solche Gesellschaft, wie vor allem dadurch, daß sie ihn in ihre Spalten bringt. Damit sie — nebenbei — beweist, daß sie ihn nicht kennt, ja nicht einmal weiß, wie er heißt. Denn hat man überhaupt nur etwas von ihm je gelesen, dann prägt sich einem — auch wenn man nicht begriffen hat (und wie könnte es ein Schwäbner), daß er etwas anderes ist als ein Humorist — doch wenigstens das ein, daß er nicht mit Doppel-s geschrieben wird! — Doffio Koffler.

Das Gehirn Ernst Haeckels. Prof. Dr. Friedrich Maurer, Jena veröffentlicht kürzlich den Sektionsbericht des Gehirns Ernst Haeckels, der bekanntlich im 60. Lebensjahre verstorben ist und Maurer mit der anatomischen Untersuchung seines Gehirns beauftragt hatte. Er berichtet auch dem Laien außerordentlich interessante Tatsachen und sagt u. a.: „Wir haben ein monumentales Gliemenhirn vor uns. Das Gesamtgewicht des Gehirns betrug, bei der Sektion festgestellt, 1575 Gramm. Das Körpergewicht betrug zur selben Zeit 60 Kilo, die Körperlänge 175 Zentimeter. Bekanntlich beträgt das mittlere Gewicht des Gehirns eines 60-jährigen Mannes 1275 Gramm, dasjenige des Weibes 1254 Gr. Die Seitenventrikel sind erweitert, so daß ein mäßiger Hydrozelenhal (Wasserkopf) bestand. Ähnliches fand sich bekanntlich bei Guvier und Desmohl. Die linke Gehirnhälfte ist etwas stärker als die rechte. Da Haeckel Rechtsbänder war, ist das verständlich. Das große Gewicht ist besonders auffallend wegen des hohen Alters Haeckels und weil es trotz der beträchtlichen Altersveränderungen, die er zeigte,

nach bestand. Haeckel war in besonderer Maße Augenmensch. Wie genau er beobachtete, zeigt sich an den bildlichen Wiedergaben von all seinen Eindrücken, die von ihm selbst hergestellt sind. Es ist wohl verständlich, daß in diesem Falle das Sehen schon makroskopisch hervorragend ausgebildet ist. . . Wir finden in seinem Gehirn den Gyrus angularis stark ausgebildet, und endlich die Hirnwindungen in hervorragendem Maße entfalteter, also gerade die Felle der Großhirnrinde, welche man für die kombinatorische Denkarbeit als besonders in Betracht kommende anerkannt hat.“ — Am Schluss sagt dann Prof. Maurer: „Er hatte im vollsten Sinne eine sana mens in corpore sano und war vom Scheitel bis zur Sohle ein von der Natur begnadeter Olympier.“

Tagesnotizen

Neues Volkstheater. Bei der Schlußführung des „Engländer“ am Mittwoch wickeln unter der Regie von Paul Wild mit Rose Wiedenfeld, Marg. Neubauer, G. P. Hahn, Fritz Hübner, Fritz Hübner u. a. — In Gesellschaft des hiesigen Genossen Kamin, Eberl, Kelle, Rolf, Riechlein, Paul Wild, Karin Schmeider, Leonhard Stedel usw.

Die Berliner Secellen hat ihre Räume für die Winterferien an die russisch-deutsche Ammerland-Wälder „Arenst“ vermietet. Das Gebäude der Secellen ist vollkommen umgebaut worden. Der große Oberkessel ist nunmehr ein Theateraal mit einer modernen eingerichteten kleinen Bühne. Der komplizierte Umbau ist jetzt beendet. Die archaische Einrichtung wurde von J. Kroll gelassen, die materielle Ausstattung von Paul Schmeider.

Im Theater in der Königstrasse ist die für Samstag angekündigte erste Aufführung von Gellert's „Häbin von Tolde“ auf Mittwoch, den 27. September, verlegt worden. Bis an diesem Tage gelangt täglich die wunderbaren Geschichten des Kapellmeisters Kroll's in der bekannten Fassung zur Aufführung.

Das Deutsche Theater bringt als nächste Premiere Franz Wedekinds dramatisches Stück „Simon“ Dienstag, den 26. d. M., zur Uraufführung. Der Simon (Hilf) Heinrich George, Della wird von Agnes Straub dargestellt. Die anderen Rollen sind in den Händen der Herren Ferdinand Hart, Gerhard Ritter, Wilhelm Weidner, Fritz Hübner, Curt Ullrich, Hans Hübner, Hans Rabenberg und Georg Hübner. Dekorations- und Kostüme sind nach Entwürfen von J. G. Hilberg. Die Regie führt Richard Keno.

Großes Schauspielhaus. Infolge technischer und dekorativer Schwierigkeiten müssen folgende Abonnementvorstellungen des Großen Schauspielhauses verlegt werden, und zwar vom Montag, den 26. September 1922 auf Freitag, den 6. Oktober 1922, den Dienstag, den 28. September 1922 auf Sonntag, den 7. Oktober 1922, den Mittwoch, den 27. September 1922 auf Sonntag, den 7. Oktober, den Donnerstag, den 28. September auf Freitag, den 13. Oktober 1922. Zur Aufführung gelangt Schiller's „Wallenstein“. Der überaus wichtigen „Ädmon“ mit Eugen Klöpfer und Elisabeth Bergner. Von Montag, dem 26. September bis inklusive Sonntag, den 1. Oktober 1922 finden die letzten Aufführungen von „Oleander“, „Crypha“ in der „Internell“ statt. Infolgedessen kann die Hochadmission für die Abonnement vor einschließlich 30. September d. J. verstanden werden. Die Kassabücher sind täglich von 10—12 Uhr und abends von 7—8 Uhr an der Abonnementkasse des Großen Schauspielhauses entgegenzunehmen.

Central-Theater. Die neue Winterpielzeit der Direction Richard Koster wird am Freitag, dem 29. September, mit einer Aufführung von Max Groll's Schauspiel „Die Kleinbürger“, Regie: Erwin Grottel, eröffnet. Für die Rolle des Bedienten wurde Hermann Babinits verpflichtet. Walter Fried, vom Neuen Theater in Frankfurt a. M., Helde Welle vom Schauspielhaus Königs. Ernst Bergmann vom Schauspielhaus Regio wurden für die kommende Spielzeit an das Central-Theater verpflichtet.

Sozialdemokratischer Parteitag

Knaaburg, 10. Sept. (Eigener Drahtbericht)
Vor. Weis eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr.
Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.
Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Am Laufe der aktiven Debatte ist von einem Schlagwort der Sozialisierung und von einem Schlagwort der Erfassung der Sachwerte gesprochen worden. Ich habe allen Anlaß, gegen diese Parteilinie entschieden Einspruch zu erheben. (Sehr richtig.) Es darf nicht auf eine Stigmatisierung langer geforderter Grundzüge hinausgehen. Die Frage der Sozialisierung und der Erfassung der Sachwerte wird zu einem Schlagwort nur für denjenigen, der in die tiefere Vorgänge unseres Wirtschaftslebens keinen Einblick hat. Unter Sozialisierung und Sozialismus verstehen wir nicht anderes als die Befreiung des kapitalistischen Systems. Wenn ein Redner mit schönen warmen Worten die Vorteile der Demokratie schildert, so ist das nur ein anderer Teil unserer politischen Forderungen, der aber für die Sozialdemokratie nicht erfindend ist. Wenn wir uns nur begnügen wollten mit der Demokratie, dann brauchen wir nicht Sozialdemokraten zu sein. (Sehr laut!) Die Demokratie finden wir auch bei den linksstehenden bürgerlichen Parteien. Die Enteignung des Kapitalismus können wir nicht in der gegenwärtigen Zeit durchführen. Aber sie bleibt unser Ziel. Es ist das wertvollste, was dem Sozialismus innewohnt. Wir können das System der kapitalistischen Produktionsweise nur dann befechtigen, wenn gewisse wirtschaftliche und politische Voraussetzungen vorhanden sind. Das letztere ist es, was unsere Parteigenossen so oft übersehen. Die Erfassung unserer Forderungen kann nicht möglich werden, in einem Koalitionskabinett, in dem die Vertreter des kapitalistischen Systems die Mehrheit haben.

Die Erfassung der Sachwerte

bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Sozialisierung. Gerade die gegenwärtige Zeit ist es, daß die Sachwerte nicht enteignet werden sind. Der Kapitalismus und alle seine Erscheinungen sind nicht für alle Zeit unantastbar. Es würde interessant sein, zu prüfen, welche Erfordernisse auf diesem Gebiete der russische Kommunismus auf sich gemacht hat. Gegenüber den phantastischen Ideen des russischen Kommunismus sind wir durchaus auf dem Boden des Realen geblieben, was zu erreichen ist. Die großen Unternehmungen, die zum Teil von Staat und Gemeinde mit unserer Hilfe geleitet werden, arbeiten viel billiger, als sie unter kapitalistischer Verwaltung arbeiten würden.

Was unsere Stellung zu den Bauern

anbetrifft, so muß ich sagen, daß wir der Landwirtschaft reichlich viel gegeben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Landwirtschaft sieht lange nicht die volle Entwertung der Mark, ein großer Teil der Landwirte ist heute entschuldet. (Sehr richtig.) Wenn wir von den Arbeitern fordern, daß sie mit einem 60 bis 80fachen Einkommen auskommen müssen, dann ist es nicht unbillig zu fordern, daß sich auch die Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit einschränkt. Durch diese Forderung werden wir in der Landwirtschaft nichts von unserer Verbundenheit einbüßen. Wenn wir es auf dem Lande vor allem der Landarbeiterschaft sagen, so können wir da auf Verständnis für den Sozialismus rechnen. Auch in der Erbschaftsfrage, die eine Bauernfrage ist, liegt Verbundenheit für den Sozialismus.

Kranold (Hannover): Wir müssen in wirtschaftspolitischen Sinne am Marxismus festhalten.

Sellich (Säch. Wirtschaftsminister, Chemnitz) polemisiert gegen Soliman und Ausführungen — die wir gestern infolge eines Briefes unter Naumann-Röhl brachten — der sich nicht auf Menscheneconomie eingestellt habe. Die Argumente Solimans haben wir am Sonnabend im Zwangsgericht des Reichstages auf das bestmögliche bekämpft. Wir sollten doch in unseren Ausführungen nicht immer den Gedankengängen der bürgerlichen Politiker folgen, sondern den Massen sozialistische Gedankengänge beibringen. Wir sollten auch nicht so sehr die nationale Politik unterstützen, das besorgen die anderen schon. (Zuruf: Kommt ins besetzte Gebiet!) Der Redner spricht im Zusammenhang mit der Agrarpolitik noch über die Sozialisierungsprobleme und verlangt zur Förderung der Lebensmittelproduktion schärfste Staatskontrolle. (Beifall.)

Groetzsch (Dresden): Im Kampf gegen die freie Wirtschaft ist von der Partei zu wenig gesprochen. Noch bis in die letzte Zeit hat der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ Artikel verbreitet, in denen erklärt wurde, daß für eine Zwangswirtschaft keine Mehrheit im Reichstage vorhanden ist. In der Frage der Sozialisierung hat die Partei einen Gierzang aufgeführt.

Genossin Radtke (Berlin) wünscht eine stärkere Propaganda für die „Gleichheit“. — Genossin Sundel (Meißen) wünscht zur Förderung der Agitation unter den Frauen besondere Frauensekretärinnen.

Severina (preussischer Innenminister):

Berner (Hamburg) hat in seiner Rede den Eindruck erweckt, als ob einige Änderungen in der Polizeiordnung Hamburg-Altonas nichts anderes seien, als ein neuer Ausfluß des preussischen Partikularismus. Das ist nicht richtig. Wenn jetzt in Altona eine besondere preussische Polizeiordnung geschaffen worden ist, so ist das lediglich eine Folge des Notenwechsels des Reiches mit der internationalisierten Militärkommission. Diese Änderung wird den Parteigenossen erklären, daß ich nicht in Details über die Sache reden kann. Grotzsch meinte, daß er vergebens am Schluß des Ministeriums des Innern geblieben und nichts über die Pläne des Ministeriums erfahren habe. Grotzsch hat einmal Auskunft über die Ausgestaltung der preussischen Verwaltungsordnung verlangt und ich habe erklärt, daß ich, soweit Verste, technische, bzw. wissenschaftliche Kreisbeamte in Frage kommen, keine erheblichen Bedenken gegen die Kommunalisierung dieser Beamten habe. Ich würde es aber für einen sehr großen Fehler halten, die politischen Beamten der Kreise zu kommunalisieren. Manchmal wurde allerdings das Wort von der Demokratisierung der Verwaltung zu einem Schlagwort.

Was ist Demokratisierung der Verwaltung?

Gstein sagt: Das ist eine schleunige Verabschiedung der kommunalen Verfassungsgesetze. In der Tat sind die preussische und die Reaktionen der anderen Einzelstaaten verpflichtet, kommunale Verfassungsgesetze so schnell wie möglich voranzutreiben. Aber wenn wir eine Erweiterung der Selbstverwaltung fordern, so haben wir doch zu fragen, ob in dieser Zeit des Überganges eine solche Erweiterung im Interesse des Ausbaues der Republik liegt. Auf Grund meiner Erfahrungen erlaube ich mir, diese Frage zu verneinen. (Sehr richtig.) Es kann gar keine Rede davon sein, die Zentralgewalt zu schwächen. Rechnerisch verhält es sich mit einer Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen. Ich bin selbstverständlich der Meinung, daß die Rechte der Provinzen erweitert werden müssen. Aber gerade die Vor-

gänge in der preussischen Politik der letzten Wochen zeigen, daß diese Erweiterung nicht im Interesse der Provinzen, geschweige des Staates liegt, sondern daß diese Erweiterung manchmal den Reaktionen ein bequemeres Mittel ist, lokale Antritte zu spinnen.

Daselbe, was ich über die Verwaltungsreform mitgeteilt habe, gilt auch bezüglich der Schutzpolizei. Aber darüber sind wir uns doch klar, daß wir nicht mehr Schutzpolizei aufrecht erhalten wollen, als es die Bedürfnisse der Gemeinden, des Staates und des Reiches erfordern. Ich bin der Meinung, daß wir

den heutigen Stand der Schutzpolizei

bei politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung herabmindern können. Wenn wir die Schutzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung machen wollen, dann können wir unmöglich alles, was heute in ihr ist, in das alte Verhältnis bringen, weil die Schutzpolizei nicht so von unzuverlässigen Elementen gesäubert ist, wie es notwendig wäre. Bei der Agitation unter den Schutzpolizeibeamten dürfen diese staatspolitischen Gesichtspunkte nicht außeracht gelassen werden. Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Parteigenossen über die Demokratisierung der Verwaltung und den Ausbau der Republik weniger reden und mehr handeln sollten. (Lebhafte Beifall.)

Sollmann-Hamburg: Die Sozialdemokratie hat die Bedeutung der Arbeiterkultur zum Teil unterschätzt. Einheitsliches Arbeiten zwischen Eltern und Kindern zur Erzielung unserer schulpolitischen Programms ist dringende Notwendigkeit. Die große Unzufriedenheit mit unserer Schulpolitik kann nur durch Neubelebung des Kampfes für die weltliche Gemeinschaftsschule abgeholt werden. Das Schulprogramm muß angehoben werden.

Schivelina-Vorheim: Bei der Erörterung der Neuaufgliederung des Reiches sollte auch die Frage der Vereinigung von Baden und Württemberg in den Vordergrund gehoben werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Länder scheinen geradezu nach einem Groß-Schwaben. (Lebhafte Beifall.)

Eduard Bernheim-Berlin: Ein Genosse hat gemeint, daß das Schlagwort von der Steigerung der Produktion von Stinnes und seinen Leuten ausgeht. Ich möchte davor warnen, aus Herrn Stinnes einen Rinderfresser zu machen. Ich erkenne durchaus nicht den großen Einfluß des Herrn Stinnes. Aber wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen, eine Verächtlichkeit aus ihm zu machen, von der alles zu befürchten wäre. Die Steigerung der Produktion ist eine Frage der unmittelbaren Gegenwart und von großer Wichtigkeit für das ganze Volk und nicht zuletzt für die Arbeiterklasse. (Sehr richtig.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Die Schlusssätze.

Friedrich Bartels (Schlußwort): Wir müssen wieder mehr Gewicht auf die Mitarbeit des einzelnen Parteigenossen legen. (Sehr richtig.) Wenn gelangt wurde, der Beitrag müsse mindestens 8 Mark betragen, so ist das sicherlich richtig. Der Zweck unserer Mindestbeiträge ist aber, überall, auch in den wirtschaftlich schlechteren Gegenden die Gründung und Aufrechterhaltung von Parteioptionen zu ermöglichen. Überall, wo es möglich ist, können auch höhere Beiträge als der Mindestbeitrag erhoben werden. (Beifall.)

Darauf kommt Adolf Braun zum Schlußwort: Ich muß sagen, daß in den ausgezeichneten Reden doch vieles gesprochen wurde, das dem Niveau nicht entspricht, auf dem sich der Parteitag bewegt.

Mangel an Verantwortungsbewußtsein

man bei manchem Redner beklagen. Wenn Ekstein vom Parteivorstand wünscht, daß wir Parolen ausgeben, denen die sofortige Verwirklichung folge, so ist das Revisionismus in höchstem Sinne. Daß die Bäume der Agrarier bei der Reklamation der Presse für das Umlagegetreide nicht in den sieben Himmel wachsen, dafür hat der Parteivorstand trotz aller Arbeit auf dieser Tagung sich energisch eingesetzt. In der ausgezeichneten Rede des Genossen Soliman kam eine unzweifelhaft Entgegnung vor. Aber diese Entgegnung bedauern wir trotz allem nicht. Denn der einmütige Widerspruch, den der Parteitag dieser Besprechung gegenüber zum Ausdruck brachte, zeigte, daß wir

dem wucherischen profitgierigen Treiben der Kapitalisten entschieden widersehen. Merkwürdig ist, daß Genosse Brokowitz sich so ungeschickt gegen den sozialistischen ungeschulten Parteivorstand und gegen unsere Reichstagsfraktion wendet. Als Entschuldigung kann man wohl anführen, daß er durch die „Volksstimme“ in Frankfurt unterrichtet worden ist. Er scheint ja gar nicht zu wissen, daß wir im Reichstag für die Erfassung der Sachwerte gestimmt haben. Eine gewisse Bescheidenheit wäre Brokowitz anzuraten, da die Frankfurter immer erklärten, daß das Sozialistische Programm und die Sozialistische Revolution die Einigung mit der USV verhindert haben. Wenn sich Brokowitz gegen die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse gewendet hat, dann sollte er sich doch informieren, ob die Frankfurter „Volksstimme“, Frankfurter Parteigenossen, die durch jahrelange Tätigkeit, auch parteichristlicherseits das Recht zum Meinungsaustruck hatten, nicht in ihrer Presse unmöglich gemacht hat. (Zuruf: „Berliner Lokalanzeiger“) Warum sprechen Sie nicht von der „Volksstimme“ und Dr. Quark? Der „Korn“ kann gegen die Sozialdemokratie schreiben, was er will und kann aber uns jede beliebige Verleumdung und Verdächtigung verbreiten. Wogegen ich mich gewandt habe, ist, daß er sich sozialdemokratisch nennt. Groetzsch hat unser Aktionsprogramm bemängelt, weil von der Sozialisierung in ihm nicht die Rede ist. Es ist ein Aktionsprogramm, es ist

ein Rotprogramm für ein Jahr.

und daß wir im kommenden Jahre keine Sozialisierung durchsetzen können, wels jeder. — Braun nimmt dann Stellung zu allen vorliegenden Anträgen, für die er zum Teil ablehnend, zum Teil befürwortend eintritt. — Viel Schärfer habe ich gesagt, aber ich habe es als Freund gesagt, und ich wünsche, daß es freundlich aufgefaßt wird. Wir müssen alles daran setzen, um für die Sozialdemokratie zu wirken und selbst zu prüfen, damit wir unser Bestes für die Partei geben.

An der darauffolgenden Abstimmung

werden angenommen die Anträge, die zur Prüfung der Frage der Neuaufgliederung des Reiches die Einberufung einer Kommission von 21 Mitgliedern verlangen, ferner Anträge auf behördliche und gelebte Maßnahmen gegen die Bemüherung des konsumierenden Volkes, und Anträge, die praktische Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus verlangen. Eine Reihe von Schulanträgen wird erledigt. Durch die Annahme des Antrages Weisfelder werden die Reichstagsfraktionen verpflichtet, auf schleunige Verabschiedung eines

Rotgesetzes zur Schaffung weltlicher Schulen

mit allen Kräften zu dringen und eine Neuordnung der

Lehrerbildung zu erwirken. Ein weiterer Beschluß verlangt planvollen Ausbau der Kulturarbeit und wünscht insbesondere die Vorbereitung einer Hochschule für Arbeiterbewegung zur gründlichen Ausbildung der Funktionäre der Arbeiterbewegung. Mit großer Mehrheit wird dann ein Antrag angenommen, der den Parteimitgliedern die aktive Unterstützung der Konsum- und Produktionsvereinigungen zur Pflicht macht. Weitere Beschlüsse wenden sich gegen Auslassungen eines seiner Genossen, die geeignet sind, den Antikommunisten zu gefährden und gegen die Mitarbeit an reaktionären Zeitungen. Zur Neuaufstellung des gesamten Schinweins fordert der Parteitag die Fraktion auf, für die Einräumung weitgehender Rechte an Elternräte einzutreten. Der Parteivorstand wird ersucht, zu prüfen, wie eine organisatorische Zusammenfassung der sozialdemokratischen Elternräte möglich ist. Zur Verwirklichung wird beschlossen, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand das Recht hat, dem jeweiligen Geldwert entsprechend den Beiträgen festzusetzen. Schließlich werden noch Anträge angenommen, die den Ausbau des wirtschaftlichen Teiles der Parteipresse verlangen. Eine große Anzahl von Anträgen wird dem Parteivorstand überwiesen. Abgeschlossen werden u. a. Anträge, die die Erweiterung oder Errichtung einer eigenen Papierfabrik verlangen, die sich gegen Doppelmandate wenden und die für die „Gleichheit“ die Wiedereinführung der Kulturbeilage mit Schmittmüllerboagen wünschen. Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsführung.

Um 3 1/2 Uhr eröffnet Weis die Nachmittagsführung und gibt das Wort zum

Bericht der Reichstagsfraktion

dem Gen. Vogel-Nürnberg: Unsere Gehegung leidet unstreitig stark an der durch die Verhältnisse bedingten Armut und geringen Sorgfältigkeit. Seit Oktober 1921 haben nicht weniger als 74 Regierungsvorlagen und 34 Initiativanträge in Gehegform dem Reichstage vorgelegen. Bei aller noch so berechtigter Kritik darf nicht übersehen werden, daß uns in der inneren wie äußeren Politik

eine gewisse Marschrichtung vorgezeichnet ist,

die wir einhalten müssen, wenn es nicht zu einem Bruch mit der Entente kommen soll. Wir sind für Erfüllungspolitik in der Erwartung, daß endlich einmal in den Ententeländern das und Unversöhnlichkeit ein Ende haben werden. In England und Italien und bis zu einem gewissen Grad auch in Belgien ist die Gasmisosphäre bis zu einem gewissen Grade verfliegen. Im großen und ganzen beherrscht aber immer noch Poincarés Geist der Wiederherstellung Deutschlands die Situation. Deshalb dürfen auch die Massen bei der Bewertung mancher unserer Entschlüsse, z. B. der letzten Steuererlässe, nicht den starken auswärtigen Druck außer acht lassen. Deutschland leidet heute noch unter einer ungeheuren starken Entwertung seines Geldes, und damit in Verbindung steht eine ziemlich parallel gehende Steigerung des Eis, dem auch durch noch so starke Anziehung der Steuerhantel nicht begegnet werden kann.

Bei den Reparationsverhandlungen

wird auch immer wieder behauptet, daß trotz der Verarmung des Staates die Privatwirtschaft sich bereichert. Wenn das in einzelnen Fällen auch zutreffen mag, so muß dagegen im allgemeinen doch gesagt werden, daß die Mark von heute nicht dem Vorkriegswert entspricht, sondern auf einen Bruchteil ihres Goldwertes herabgesunken ist. Würden die Umsätze, die Umsätze, Gewinne und Kapitalerhöhungen, die Löhne und Gehälter in den Goldwert umgerechnet, so hätte der Zahlenhaufen bald ein Ende. Es mag natürlich sein, daß aber trotz aller Neugründungen und Erhöhungen des Aktienkapitals leidet die deutsche Wirtschaft an einem ungeheuren Kapitalsturz. Die Stellungnahme der Fraktion bei der

Verabschiedung der Steuererlässe

scheint nicht die Billigung der Genossen im Lande gefunden zu haben. Freude an dem Steuerkompromiß haben auch wir nicht. Es hört sich schön an, wenn die hohen Verdienste der Landwirtschaft immer wieder mit der Notwendigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion begründet werden. Erfahrungsgemäß ist aber in keinem Stande die Warenhamsterei so ausgeprägt wie in der Landwirtschaft.

Unsere Kohlenwirtschaft ist ein besonderes Schmerzenskind. Welch ein Unfug, daß in England die Bergarbeiter nur zwei Tage arbeiten, die deutschen Bergarbeiter aber lieber sich in den Fabriken und in den Straßen von Monat zu Monat freiziehende englische Kohlen einführen müssen. Notwendig sind Maßnahmen für eine entsprechende Lohn- und Gehaltspolitik und eine

durchdringende Unterhaltungsaktion für Sozial- und Militärentener.

Es muß mit allen Mitteln der Versuch gemacht werden, von der Papierarbeiterschaft loszukommen.

Der Kampf gegen Demokratie und Republik wird nicht anerkannt, sondern auch im Parlament geführt, zumal seit der letzten Reichstagswahl der deutschvölkische Mangel gestärkt worden ist. Die Deutschnationalen trifft die Verantwortung für die politische Verwilderung in Deutschland. Die Republik hat sich noch immer als zu autokratisch und nachgiebig erwiesen. Besondere Aufmerksamkeit muß den reaktionären Umtrieben in Bayern geschenkt werden. So sehr man auch die bewundernswürdige Selbstdisziplin und Geduld des Reichspräsidenten und des Reichstagspräsidenten anerkennen mag, um in friedlicher Weise zu einem Ausgleich mit Bayern zu kommen, befriedigen kann uns das Ergebnis nicht.

Die Sozialdemokratie hat sich immer zur Einheit der deutschen Republik bekannt. In diesem Bekenntnis müssen wir heute erst recht festhalten. Von den Genossen im Lande erbitten wir das weitere Vertrauen und gegenseitig soll das Gelübnis gelten: Treue um Treue! (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte.

Bender-Berlin: Die Reichstagsfraktion hat bei der Stellungnahme zur Beamtenfrage vor allem die staatsbürgerliche Presse der Beamten zu wahren gesucht. Bei der Regelung der Besoldungsfragen ist sie immer dafür eingetreten, daß die Besoldung nach sozialen Gesichtspunkten erfolgt. Wenn das nicht immer erreicht wurde, ist das nicht unsere Schuld, sondern Schuld der bürgerlichen Parteien, die für die Unterbeamten nur schöne Worte, aber keine offene Hand hatten. (Sehr richtig.)

Frau Weisfelder-Berlin: Die Frage der Lehrerbildung muß durch ein Gesetz gefördert werden. Die Fortbildung und Berufshilfsfähigkeit nach der Volksschule muß vom Reichs wegen gefördert werden. (Sehr richtig.)

Hartle-Hannover: In der Agitation müssen wir die Arbeiterschaft dazu erziehen, die heutigen Rechte und Freiheiten auszunutzen, um die Interessen des werktätigen Volkes wahrzunehmen und den kulturellen Fortschritt zu fördern. Daß sich unsere Vertreter in der Reichstagsfraktion für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens einsetzen, ist selbstverständlich.

Darauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch vor-

mittag 10 Uhr vertagt.



Die führende SCHUHMARKE

Theatern Vergnügungen

Volkstheater Der Verschwenders

Staats-Theater Opernhaus Rigoletto

Schauspielhaus Napoleon

Neues Volkstheater Der Engländer Satyrus

Deutsches Theater Der Vater

Kammerspiele Die Jungfern vom Birschoisberg

Grünes Schauspielhaus Orphee

Ritter-Bühnen Lady Windermere

Residenz-Theater Trianon

Kleines Theater Totentanz

Kasino-Theater Die Berliner Posa

Lämmleinmanns Sammelfahrt

Theater in der Königsplatz

Komödienhaus Karussell

Berliner Theater Pompador

Fritzi Massary

U. A. Roberts, W. Kassel

Infimes Theater

Theater des Ostens Die Liebesprobe

Thauer am Hohenortplatz Einsame Menschen

Waliner-Theater Die Kausche

Zur Jugendweihe INS LEBEN HINEIN

Metzner Kinderwagen-Welthaus

Soeben erschienen! Dr. O. Hauser Dort wo der MENSCHHEIT WIEGE stand!

Achtung! Zeitungspapier, Flaschen, Knochen und Altmetalle

Zahn- & Geigen Auto Geigen

Platin-, Gold- u. Silberbruch Zahngelbte, Uhren, Ketten, Ringe

Heberall in Zigarrengeschäften erhältlich

Spezial-Arzt Dr. Heiserkamp

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Branchen-Vertrauensmänner-Konferenzen

Metall-, Messer-, Werkzeug- und Schneidwaren

Kakao, Schokoladen, Zuckerwaren

Kleine Anzeigen

Verläufe, Möbel, Unterricht, Verschiedenes, Fabrräder, Kaufgeschäfte, Vermietungen

Der Parteitag der Einigung

Von A. Stein

Was Tausende von Arbeitern seit Jahren sehnlichst erwarteten: die Einigung des deutschen Proletariats, soll durch den heute beginnenden Parteitag der U.S.P. mit verwirklicht werden. Zwar kann und wird es noch nicht die Einigung des gesamten Proletariats sein, da die Kommunistische Partei sich nach wie vor abseits hält. Aber schon die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, für die die überwältigende Mehrheit der in Frage kommenden Organisationen eintritt, bedeutet einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung der einigen und geschlossenen Kampfesfront des deutschen Proletariats.

Ohne der Entscheidung des Parteitags in Gera irgendwie vorgreifen zu wollen, kann doch schon mit Gewißheit angenommen werden, daß der Parteitag die seit einigen Monaten schwebenden Einigungsverhandlungen mit der S.P.D. zu einem günstigen Abschluß bringen wird. Mag eine kleine Minderheit sich noch immer gegen diesen Gang der Entwicklung stemmen und durch den Mund des Genossen Ledebour die eigenartige These proklamieren, daß sie bezweifelhaft sei, „auch im Widerspruch zu einem Mehrheitsbeschluss“ die U.S.P.D. in ihrer jetzigen Gestalt aufrechtzuerhalten, so steht die übergroße Mehrheit der Partei — wie aus den Beschlüssen der Organisationen und der Haltung der Parteipresse hervorgeht — auf dem Standpunkt, daß es im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterbewegung geboten ist, das Einigungswerk untermöglichster Beschleunigung zu vollenden.

Diese Einigung vollziehen, bedeutet keineswegs die richtunggebenden Gedanken preiszugeben, auf die sich das Volk der Unabhängigen Sozialdemokratie stützt. Ebenso wie seinerzeit die Gründung der U.S.P. eine historische Notwendigkeit war, wird es auch in Zukunft — wenn die Einigung zustande kommt — in der Richtung des geschichtlichen Fortschritts der deutschen Arbeiterbewegung liegen, daß die leitenden Gedanken der U.S.P. — die nichts weiter sind, als die sinnemäßige Fortentwicklung der revolutionär-marxistischen Grundtendenzen der alten Sozialdemokratie — in der geeinigten Partei zur Auswirkung gelangen. Die Formen haben sich geändert, das Ziel bleibt dasselbe. Wenn es in der Situation des Krieges und der Revolution keinen anderen Weg zur Rettung des revolutionär-marxistischen Inhaltes der deutschen Parteibewegung gab, als die Spaltung und zeitweiligen schärfsten Kampf gegen die S.P.D., so kann in der jetzigen Periode, die gekennzeichnet ist durch das Wankeln der revolutionären Bewegung und die Erstarrung des Kapitalismus in allen Ländern, die Aufrechterhaltung der Spaltung durch kein praktisches oder theoretisches Interesse gerechtfertigt werden. Dies um so weniger, als die Entwicklung der letzten Jahre auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Kampfes eine so weitgehende Annäherung der beiden sozialistischen Parteien herbeigeführt hat, daß die Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen Sonderexistenz — abgesehen von ihrer praktischen Schädlichkeit — nur einen historischen Anachronismus darstellen würde.

Hierbei muß aber von vornherein an folgendem Grundsatz festgehalten werden: Wenn es zur Einigung kommt, so handelt es sich keineswegs — wie die Kommunisten und die Bürgerlichen in trauriger Ideengemeinschaft sagen — um ein „Aufheben“ der U.S.P. in der S.P.D. Es handelt sich vielmehr um die Schaffung einer neuen Partei, auf neuer gemeinsamer Grundlage, die den bislang durch den Bruderkampf

in ihrer Entwicklung gehemmten Kräften der beiden Parteien größere und weitergehende Wirkungsmöglichkeiten verschaffen soll.

Den ersten Schritt zur Schaffung einer solchen gemeinsamen Grundlage haben die Zentralinstanzen der beiden Parteien durch Abfassung eines „Aktionsprogramms“ unternommen, das den beiden Parteitagen zur Beratung vorliegt. Die Verfasser dieses Aktionsprogramms haben sich anscheinend an das Wort Friedrich Engels' in seinem Briefe an Bebel anknüpfend, die beiden Parteien gebeten: „Wenn zwei Fraktionen sich über ein gemeinsames Programm einigen, so legen sie das hinein, worüber sie einig sind, und berühren nicht das, worüber sie uneinig sind.“ In der Tat werden eine Reihe wesentlicher Programmpunkte hier nicht berührt, in der durchaus berechtigten Annahme, daß eine Ausdehnung der Gegenstände in den theoretischen Streitfragen Sache der nächsten Zukunft sei, während es sich jetzt darum handele, ein brauchbares Programm für die gemeinsame praktische Arbeit in der Gegenwart zu schaffen. Hierbei ist es ein bedeutsames und hoffnungsvolles Zeichen, daß in den einleitenden Worten des Aktionsprogramms über die Erringung der politischen Macht und die Verwirklichung des Sozialismus im einheitlichen Klassenkampf eine erfreuliche Entwicklung der S.P.D. über das Göttinger Programm hinaus zum Ausdruck gelangt.

Es kann indes mit solchen allgemeinen Erklärungen an der Spitze eines Aktionsprogramms nicht sein Bewenden haben. Die bevorstehende Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien Deutschlands rückt auch die Frage der Schaffung eines einheitlichen Parteiprogramms in den Vordergrund, das zu allen Streitfragen der Gegenwart in präziser Weise Stellung nimmt und den Emanzipationskampf des Proletariats zu dieser durch Weltkrieg und Revolution total veränderten Situation klare Richtlinien gibt. Dieser Aufgabe entspricht weder das Leipziger Aktionsprogramm der U.S.P., das, allzusehr in bolschewistischen Gedankenengungen befangen, den Realitäten der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht gerecht wird, noch auch das Göttinger Programm der S.P.D., das theoretisch eine Rückbildung des Erfurter Programms und praktisch eine Kapitulation vor bürgerlich-reformistischen Gedanken darstellt. Ist das Leipziger Aktionsprogramm für die S.P.D. unannehmbar, so in noch größerer Maße das Göttinger Programm für die U.S.P. Hier muß wesentlich Neues errichtet werden, und zwar muß, unter Anlehnung an das neue grundlegende Werk von Karl Kautsky „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ (Verlag Dietz, Stuttgart 1922) ein Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geschaffen werden, an dem die Höhe der wissenschaftlichen Erkenntnis, zugleich aber auch die Höhe der sozialistischen Parteibewegung Deutschlands gemessen werden kann.

Ein solches Werk kann nicht in wenigen Tagen von einem Parteitag ins Leben gerufen werden. Er muß aber Vorkehrungen treffen, daß die Ausarbeitung eines neuen Programms unverzüglich in Angriff genommen und in einer Weise durchgeführt wird, die den berechtigten Anforderungen unserer Partei entspricht. Wir sind zwar keine Sekte, der es vor allen Dingen auf den Buchstaben ankommt; wir sind aber andererseits auch kein Parteigebilde, dem der höhere Sinn und Zweck der Bewegung gleichgültig ist. Die Höhe der Erkenntnis, die in diesem Parteigebilde vorherrschend ist, ist vielmehr ein Maßstab für ihren inneren Wert und ihre Bedeutung überhaupt. Diese Erkenntnis jedoch kommt zum Ausdruck in den Anforderungen, die die Partei an ihr Programm stellt.

Diese Frage ist keineswegs rein theoretischer Natur, sie hat auch eine eminent praktische Bedeutung. Allen denen, die der bevorstehenden Einigung mit der S.P.D. mit Bedenken entgegensehen — und Bedenken sind durchaus am Platze —, sei gesagt, daß die historisch notwendig gewordenen Einigung nur dann nicht zu teuer erkauft haben werden, wenn wir in der geeinigten Partei, vor einem größeren nicht mehr in sich zerrissenen Forum der Arbeiterkraft unsere in Jahren harten Kampfes gestählte Erkenntnis zum Ausdruck bringen und die Massen der Partei mit größerer Tatbereitschaft und Energie erfüllen. Und es sei Ihnen ferner gesagt, daß wir in der geeinigten Partei nur dann und nur in dem Maße zur Geltung gelangen werden, wenn wir selbst wissen, was wir wollen und bereit sind, für unsere Erkenntnis mit aller Energie einzutreten. Letzten Endes werden nicht die Abmachungen der Parteinstanzen — mögen sie noch so notwendig und wertvoll sein — den Charakter der geeinigten Sozialdemokratie bestimmen. Er wird vielmehr bestimmt werden durch das Zusammenwirken der lebendigen Kräfte unserer Bewegung, die einerlei ob sie heute bei uns oder bei der S.P.D. stehen, aus dem engen Parteirammen herausstreben, um der sozialistischen Arbeiterbewegung einen tieferen Gehalt, eine stärkere Schwungkraft, eine größere Werbefähigkeit zu geben.

Pflicht des Parteitages in Gera ist es, für dieses Wirken die Voraussetzungen und Sicherungen zu schaffen. Pflicht aller Parteigenossen wird es nachher sein, alle ihre Kräfte einzusetzen, um das Wort des Parteitags in die Tat umzusetzen und Hand in Hand mit den Hunderttausenden Genossen der S.P.D. eine neue ereignisreiche Periode der deutschen Arbeiterbewegung zu eröffnen.

Aus der Partei Pommern zur Einigung

Der Bezirkstag der U.S.P.D. in Pommern hat am Sonntag zur Einigungsfrage nach einem Referat des Genossen Bogtberg einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Bezirkstag für Pommern erklärt: Die geschichtliche Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse führt zu der dringenden Notwendigkeit, das Proletariat zu einer einheitlichen, gemeinsamen, organisatorischen Kampf-front zusammenzuschließen. Der Bezirkstag begrüßt daher die vorbereitenden Schritte, die zur Einigung führen sollen und verpflichtet, sie mit allem Ernst zu fördern. Das von den leitenden Instanzen der U.S.P.D. und S.P.D. vorgeschlagene Aktionsprogramm wird als vorläufige Richtschnur anerkannt. Der Bezirkstag erklärt aber, daß die politischen Aufgaben der bisherigen U.S.P.D. durch die Vereinigung der beiden Parteien durchaus nicht preisgegeben werden. Wenn die Einigung der Parteien von Dauer sein soll, kann sie nur auf der Grundlage und mit dem Ziele bewußter, sozialistischer Klassenkampfpolitik erfolgen, zumal auch alle wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse das Proletariat zu gemeinsamer Abwehr und gemeinsamem Angriff anspornen. Das Proletariat kann nur in einheitlicher Front erfolgreich kämpfen und siegen.“

„Die Kämpferin“

Den Organisationen zur Mitteilung, daß die Frauenzeitschrift „Die Kämpferin“ ab 1. Oktober mit Rücksicht auf die gewaltige Preissteigerung im Papiergewerbe im Preise verdoppelt werden mußte.

Wir bitten, der „Kämpferin“ trotzdem die alte Treue bewahren zu wollen.

Eine Revierkonferenz der Bergarbeiter Deutsch-Oberschlesiens sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen für ein Ueberstehen abtommen in Oberschlesien, wie es in Bestehen besteht, aus. An die Durchführung des Abkommens ist das Zustandekommen des Mantelartikels mit der im Ruhrrevier durchgeführten Regelung geknüpft.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(50. Fortsetzung.)

4.

Die Feuchtigkeit des Herbstmorgens duftete stark. Der Duft des Sterbens. Sterbendes Laub, feuchte Erde. Die Nebel hingen an den Hängen. Die Ebene war verhüllt. Der Wald rauchte. Und nun goß sich ein fahler Schein über das Land. Die Sonne wollte noch einmal der Jahreszeit trogen. Es würde ein schöner Tag werden. Ein heller Herbsttag in seiner eigenartigen Mischung von Freundlichkeit und Sterben, wo das Laub ganz klar liegt, wie ein ausgeschlagenes Buch, darin man lesen kann. Darin gar nichts mehr Verborgenes und Verstecktes ist, alles offenbar und geklärt. So wie ein Mensch auf dem Todesbette liegt und die ewige Nacht seinen kurzen Tag umgeprägt hat zu dem Festen und Bleibenden, das sein Eigenes ist. Das unvergänglich in der Welt weiterlebt und im Leben wiederkehrt, ein Unverlorenes und Unverlierbares im Guten wie im Bösen — fruchtbar für ein neues Leben, das hinter den Dingen wartet. Denn hinter allem Vergangenen und allem Seienden liegt ein Kommendes. In den schönen und klaren Herbsttagen kündigt es sich an, da fühlt es in die gestorbene Welt hinein und überglänzt sie mit ihrem Schein und Schimmer. Darum diese seltsame Mischung von Freude und Traurigkeit, die einen so eigen erfüllt und berührt und so frühlingssähnlich wirkt, nur mit einem viel ferneren, ungewisseren Erwarten.

Der Philipp machte heute einen Umweg in die Schule. Er hatte die erste Stunde frei und wollte sie im Freien zubringen. Er ging durchs Feld — er bog in den Hohlweg hinein, der zum Walde führte, und er stand dann am Waldrand und sah ins Land. Die Rinde der Bäume duftete scharf, die Tannen hatten einen vollen, fast muffigen Geruch. Die Erde, das

welke Laub, das sie bedeckte, das Moos, das tiefen grünte am Boden und an der Wetterseite der Stämme — von Gerüchen und Farben gab es einen eigenen Akkord. Und immer klarer und schärfer zeichneten sich die Formen der Landschaft. Drüben die Hügel, der Wald, der nach der anderen Seite an ihnen hinaufstieg und nur mit seinen Tannenspitzen über sie herübersah, die Stangen der hohen Pappeln in den Wiesen, die Ufer des Baches, die kein weicher Graswuchs modelte, und alle Wege, die so klar lagen. Klare Wege in die Welt hinaus — nach allen Seiten — dort die Hügel hinaufsteigend, hier im Zickzack durch die Ebene führend — nach dieser Seite hin in das Dorf einmündend, dessen Dächer hinter den Sandhügeln glänzten und dessen Kirchturm ein Wahrzeichen in der Ebene war, hochragend, von allen Seiten sichtbar, von der Höhe hier, von den Hügeln drüben, und von den beiden offenen Seiten der Fläche nach Norden und Süden.

Der klare wachsende Tag, der in seinem Wachsen sich immer mehr klärte, gab dem Philipp den Gedanken ein, das Feststück, das er zum Leben aufgegeben, heute in der deutschen Stunde nicht durchzusprechen, sondern vom Herbst zu unterrichten und das Bild zu schildern, das sich hier zu seinen Füßen breitete, damit die Schüler, Augen haben sollten und Augen bekommen sollten, wenn sie dem all selbst gegenüber stünden, heute und morgen und alle Tage.

Mit diesem Gedanken stieg er den Hang hinab. Er ging oben am Rande des Hohlwegs, den er gekommen war, um seinen Blick weit zu behalten. Der rote Bau des Schulhauses hob sich deutlich heraus, sein blaues Schieferdach glänzte, und das Rot der Steine war durch die Herbstfeuchtigkeit fatter und dunkler geworden. Der Philipp fühlte gar nichts Feindliches gegen den Bau heute. Feindlich hatte er ihn den ganzen Sommer lang gefühlt, wenn er hart und glänzend in der Sonne gestanden hatte, wenn das Licht an seine Mauern geprallt war und seine große, plumpe, schwere Festigkeit bestürmt hatte. Aber nun, desto näher er

ihm kam, je mehr lud er ihn ein, desto freundlicher und wohllicher erschien er, trotz der festen und langweiligen, ja langatmigen Ordnung seiner Fensterreihen, dem hohen, gebietenden und streng-starken Eisengitter und dem schweren, großen Tor, das immer geschlossen gehalten wurde und jeden unerbittlich festhielt in seinem Zwang, der einmal dadurch eingetreten war.

Im Konferenzzimmer war es noch leer. Dann die ersten Schritte auf dem Gang, und die hohe Kollegenschaft trat nach und nach ein. Der Mathematiker kramte nun seine Wichtigkeiten aus, der Mathematiker ereiferte sich, daß die halbe Klasse eine Formel falsch angewandt habe, der Neuphilologe setzte sich hin und forrigierte Hefte, während er beständig große Broden an seinem belegten Brote abbiß, ein junger Assessor übte sich im Nachschlagen und durchstöberte die ganze Handbibliothek, und Philipp stand am Fenster und sah hinaus in die Landschaft.

Dann huschte der Direktor durchs Zimmer und legte ein neues Zirkular — er war stark in Zirkularen — auf den „Tisch des Hauses“ nieder, und alle verneigten sich sehr devot und schweigend vor ihm, der Neuphilologe vergaß sogar vollkommen seinen Eifer und den „Nepos“ und machte ihm die Lüre auf, so daß der Neuphilologe nachher die gütige Frage an ihn stellte: „Sind Sie der Türhalter des Herrn Direktors, Herr Kollege?“ Der Neuphilologe war der einzige gewesen, der sich durch den Eintritt des Direktors nicht hatte stören lassen.

Man kann verschiedener Auffassung über die Höflichkeit sein, Herr Kollege Karl, replizierte der Neuphilologe.

„Auch über die Männlichkeit und Selbständigkeit,“ erwiderte der dann.

„Auch, Herr Kollege,“ gab der Neuphilologe ihm einen feinen Treß.

„Quod erat demonstrandum“, höhnte der Neuphilologe dagegen und tat ostentativ einen großen Biß in sein Butterbrot.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem wiedererwachenden Petrograd

Auf dem Motorrad durch Sowjet-Russland

Reisebriefe von einer Studienreise.

Petrograd, 25. Aug. 1922

Ein und ein halbes Jahr habe ich warten müssen, ehe ich endlich am 9. August auf der russischen Legation in Stockholm meinen Pass zur Einreise nach Russland erhielt mit dem Rechte, mich innerhalb Russlands auf meinem eigenen Motorrad frei bewegen zu dürfen.

Grundland liegt hinter mir und ich habe die russische Grenzstation Vjelo D'rop passiert. Außer mir sind ein russischer Professor, der den Ewerantofonarek in Desinatofors besucht hat, und ich die einzigen Reisenden im Auto. Aber kaum haben wir die Grenzzone passiert und kommen hinein in das Vorhändel, als der Auto befehl wird von einem typischen Arbeiterpublikum in Neuen und Lumpen angeleitet. Deren Lohn über die Protration hinaus, die noch immer ausgestellt wird, reicht zum Lebensunterhalt, aber nicht für Kleidung.

Glücklich in Petrograd angekommen, hole ich mein Motorrad neuen Vorzeigens des Gewächsbüros direkt aus dem Gewächsbüro und miete eine Droßke für mein Gepäck nach dem Grand Hotel für 1/2 Rubel — die Bezeichnung in diesem Lande für Millionen zur Erinnerung an deren Abstammung von den alten Rubeln, zu deren millionstem Teil sie herabgesunken sind.

Nachdem ich mein Gepäck in der Droßke untergebracht und selbst mein Motorrad besichtigt habe, fahren wir über die Neimistrade durch die Kewskaja, welche im allgemeinen Sonnenlichte sich links des Flusses hinzieht.

Der Traum, in dem ich Russland 1920 sah, das schlafende Petrograd und das schlafende Moskau, ist verschwunden. Die Veranbernung ist abgemacht und das Erwachen bereits eine vollendete Tatsache. Leben und Bewegung, Autos und Radios (Luxusdroßken) überall. Das Straßenpflaster ist natürlich noch schlecht, aber die Reparationsarbeiten sind überall in Gange und ich treue mich, als ich eine Lücke zwischen den Arbeitern finde, wo ich mit meinem Motorrad hindurchschliefen kann, ohne die Droßke aus den Augen zu verlieren.

Newski-Präpekt ist schon beinahe fertig, fein und glatt wie früher. Das Grand Hotel entdeckt man schon von weitem dank der vielen Autos und Droßken, die davor halten.

Eine Kompanie Soldaten von der roten Armee marschiert vorbei singend und lächelnd.

Eine Tour kreuzt und quer durch die Stadt weist manche Andeutungen an die frühere Herrschaft an. Unsere schwedische Gesandtschaft steht noch verlassen und zugeriegelt da. Am Quai außerhalb der Stadt liegt ein großer Vakuumier und die Verladung geht flott vor sich. Witten gegenüber auf der anderen Seite des Flusses liegt ein gefensterter Dampfer.

Am Abend fahre ich wieder den Newski herunter. Welch ein Strom von Promentierenden und flitzenden Herren und Damen! Aus den Ausgängen der Autos strömt eine Flut von Licht und der Schall lachender Stimmen. In der Michailowskistraße erzählt ein Wagen elektrischer Lampen, daß das alte Hotel d'Europe gerade in diesen Tagen wie ein Vogel Phönix wiedererstanden ist. Ich fühle mich um fünf Jahre in der Zeit zurückverlegt. Dasselbe Bestühl, dieselben entzückenden Teppiche und der gleiche weiße Marmor wie früher. Derselbe Strom von besuchenden Hotelgästen, Herren und eleganten Damen Arm in Arm. Der Portier weist wie früher höflich meine schwedischen Kronen gegen Rubel. Ein Rubel — jetzt eine Million geheißen — für eine Krone. Genau wie 1917. Zur Unken eine Luxusbar mit einem Publikum von Geschäftsleuten, die die Möglichkeiten diskutieren, in einigen Stunden ein Vermögen zu verdienen. Eine halbe Treppe höher einer der eleganten Speisäle der Welt mit braunem Orchester und knallenden Champagnerforten. Und dann das Kabinett darüber. Mit knochenigen Herren und Damen, wo früher die russischen Großfürsten ihre Orgien feierten. Und elegante Damenhüte sieht man auch jetzt genau wie früher — hinter den Gardinen.

Eine Woche kann ausreichen, um sich aus den sich widersprechenden Urteilen über das, was in Petrograd und in Russland vor sich geht, eine eigene Ansicht zu bilden. Petrograd macht den Eindruck eines Patienten, der eine schwere Operation hinter sich hat, jetzt aus einer langen Betäubung zum Bewußtsein erwacht, die Augen öffnet und anfängt, sich zu rühren. Als ich aufstehe, vor zwei und einem halbe Jahre, Petrograd sah, sah es noch wie in einer Betäubung und schläft. Jetzt steht das Leben zurück und das Blut pulsiert schneller mit jedem Tage.

So volle Väter laden wie jetzt hat es seit langer Zeit vor der Revolution nicht gegeben. Für eine Krone (1 Million Rubel) erhalte ich in den Konditoreien am Newski — die genau so sauber und gemüthlich sind wie Londons kleine Tee-restaurants — ein paar Glas warme Milch oder Tee mit so vielen herrlichen Weißbrotchen, wie ich nur zu essen vermag. Und ein Table-d'hotel-Mittag mit drei Gerichten erstklassig im Grandhotel kostet Kr. 5,50, in einfacheren Restaurants eine „Million Rubel“. Allerdings sind die Gehälter noch sehr klein, für Frauen vorkierend von 50, höchstens 250 per Monat und für Männer von 60 bis 500 (Chefsgehälter in vereinzelten Fällen doch bis beinahe 600, also 5 „Millionen“). Aber der Bedarf der Russen ist ja besonders gering.

Es ist daher nicht zu verwundern, daß wieder Hoffnungen und Freude darüber, daß man wieder leben kann, aus jedem Antlitz, daß man trifft, einem entgegenstrahlt. Die frühere Angst ist im allgemeinen verschwunden. Man tritt ganz offen sowohl das eine und das andere, aber, sagt man, die „Revolution“ ist vorbei und jetzt gibt es nur die „Neu“ — die neue ökonomische Politik. Die früheren Geschäftsleute merken jedoch immer noch, daß die Kommunisten am Ruder sind und jedes Zeichen einer neuen Beschränkung der privaten Unternehmerrätigkeit wird natürlich mit der größten Genauigkeit vorgemerkt.

Die Behörden haben die neu erwachende Energie und den Zutrom an freien Arbeitsträften benutzt, um allerhand Reparationsarbeiten in Gang zu setzen. In erster Hand hat man da das Indusriefen der während der letzten Winter ruinierten Kanalisationsleitungen sowie die Erneuerung des Straßenpflasters in Angriff genommen. Eine Millionenarbeit. Im Innern der Häuser entfernt man die während der Zeit der schweren Brennstoffmangel eingeleiteten kleinen Blechfenster und die eisernen Herde werden wieder in Gang gesetzt.

Der gleiche Reparationsseifer hat auch die Privaten ergriffen. Die alten Hausbesitzer dürfen ihre früheren Häuser wieder in Besitz nehmen unter der Bedingung, daß sie die Reparationen vornehmen. Jedoch nur wenige haben genügend Mittel hierzu. Aber die Mieter, oder richtiger wohl die Einwohner des Hauses schließen sich statt dessen an diesem Zwecke aufzusammen und verteilen die Kosten unter sich. Ein Schornsteinseifer erzählt mir, daß, nachdem seine ganze Gasse während drei Jahren untätig gewesen war, währenddem sie in den Putzloswerken gearbeitet hatten, sie nun alle wieder übergenug Arbeit hätten. Er selbst verdient 30 „Millionen“ Wätsch.

In Bezug auf die ökonomische Lage im allgemeinen will ich hier den Hauptinhalt einer Unterhaltung wiedergeben, die ich mit dem zweiten Direktor (der erste Direktor Serajew, ist hier, wie bei den meisten Unternehmungen, Kommunist) der Reichsbank in Petrograd, Herrn Tar-nowski hatte, der unter dem alten Realme Präsident der mächtigen sibirischen Handelsbank war.

Um nicht allzu viel Zeit bei dem Wiederaufbau Russlands zu verlieren, sagt Herr Tarnowski, ist natürlich ein großer Import vom Ausland erforderlich. Die Bedingung hierfür ist entweder ein entsprechender Export oder Kredit. Exportiert werden kann im Augenblick hauptsächlich: Wolle, Häute und Holz. Das Ausland vorläufig noch Schwierigkeiten hat, mit dem Auslande zu konkurrieren, beruht teilweise auf den hohen Steuern, mit denen die Industrie belegt ist, teils auf den teuren Lebenskosten mit daraus sich ergebenden hohen Arbeitslöhnen und teils schließlich auf dem Umstande, daß die „Spezialisten“, die für die „Industrien“ des Staates in Anspruch genommen werden, keinen genügenden Anreiz zu energischer Arbeit erhalten. Je nachdem wie die Ernte eingeht und die Lebenskosten sinken, werden die Verhältnisse jedoch besser. Die Steuern auf die Industrie, die bis jetzt bis ungefähr 50 Prozent der Arbeitslöhne betragen können, wovon der größte Teil für die sehr teure Sozialversicherung, können nur herabgesetzt werden, wenn das Land Kredit erhält.

Ein Hindernis für den ausländischen Kredit ist, wie bekannt, daß die Kreditgeber verlangen, daß das Eigentumrecht an den Produktionen wieder eingeführt werden soll. Ein anderes Hindernis ist das Export- und Importmonopol des Staates. Herr Tarnowski wollte sich nicht äußern über die Möglichkeit einer Änderung dieser Prinzipien. Dagegen meinte er, daß ein Kredit wesentlich erleichtert werden würde durch die Stabilisierung der Baluta. In diesem Zwecke beobachtet der Staat von jetzt ab große Sparfahigkeit in Bezug auf alle Ausgaben. Alle unnötigen Beamten werden entlassen. Röhre und Steuern werden rückwärts eingetrieben. Der Staat hat sich auch große Einkommen beschaffen dadurch, daß er als Teilnehmer in allerhand geminnbringende Unternehmungen eingetreten ist, wie Hotels, Restaurants, Biorafens (Kinematographen) und Spielhöhlen. Überall ist der Staat mit dabei als Bedingung für die Erteilung der Konzession.

Hierdurch ist es der russischen Regierung wirklich gelang, während der letzten drei bis vier Monate die russische Baluta ziemlich stabil zu halten, wodurch das Vertrauen langsam zurückkehrt. Herr Tarnowski teilte schließlich mit, daß man in der nächsten Zeit eine offizielle Goldbaltse umfassen gedenkt, allerdings noch ohne Verpflichtung der Reichsbank die Scheine gegen Gold einzutauschen, aber so, daß alles wieder in Goldrubeln gerechnet wird.

Die Verbesserung in der wirtschaftlichen Lage, die unweifelhaft während der letzten Zeit stattgefunden hat und noch immer stattfindet, trifft jedoch nicht alle Bevölkerungsschichten gleich. Die größten Gewinne sind von den Spekulanten eingeheimst worden. Das Volk hat in wie gewöhnlich schneller in die Höhe geschossen als das Gras. Private Spekulantendörrie gibt es in einem halben Duzend Volokas in der Stadt. Und im Hotel d'Europe sammeln sich jetzt wie 1917 die Spitzen dieser Spekulanten jeden Tag. Es herrscht kein Zweifel darüber, daß die Gewinnchancen für diese Herren niemals größer waren als gerade jetzt.

Aber wie gewonnen so ertrunnen. Der Champagner ist teurer in Petrograd und die Spielkäse noch teurer. An der Kararanna-Strasse sucht bei Nacht ein Palast, „Spentid“, wo hunderte von Menschen versipen, was sie verdienen haben. Der Luxus in diesem Palast trotz aller Beschränkung. Ein Aufzug, groß wie ein Zimmer, führt einem hinauf in die oberste Etage, wo dem Kartenspiel geschäftlich wird. (Die üblichen Etagen enthalten Billard, Restaurant und Konzertsäle usw.). Ein Nezer nimmt den Out entgegen und ein gallionierter Diener weist einem den Weg. In ein paar großen Sälen sitzen Herren und Damen an der neuen Gesellschaft und überall bunt bewirkt durcheinander um die Tische herum und spielen. Der kleinste Eintrag ist 20 Millionen, bestanden durch eine kleine runde Marke mit „20“. Die Milliarden-Bündel (bestehend aus 10 Millionen Scheinen) tanzen ungeniert zwischen den Spielern hin und her. Schelbar Schlapp und ausschweifig sitzen sie dort und verlieren oder gewinnen ganze Vermögen in jedem Spiel, währenddem Millionen Menschen draußen in dem großen Lande das Nötigste sich versagen müssen. Ein Rufel an der einen Seite des Saales ist bedeckt mit den anspruchsvollen Federbetten: Kaviar, Austern, Weintrauben, Champagner.

Man hat jedoch eine eigenartige Kombination zwischen diesen Spielhöhlen und der Diszipliniertheit für die Dunaerbesitze getroffen. 15 Prozent vom Einkommen der „Bank“, Reichtumende von Milliarden, jede Nacht, gehen an den Dunaerenden.

Am Sonntag, den 20. August 1922, wurden zum ersten Male nach fünf Jahren eine große Prozession in Nowoje Dzerwinje (Neudorf) angeführt. Trotzdem der Regen in Strömen nach, fuhr ich hinaus. Ein Strom von Droßken, Autos und Omnibussen zelte mir den Weg und nachdem ich eine halbe Stunde auf holperigen, schlecht angelegten Straßen durchgeschüttelt worden war, bestand ich mich am Platze.

Tausende von Menschen hatten sich mit dem schlechten Wetter getrotzt, lagen auf den Bänken oder standen an der Aufwärtbarriere. Die Spannumen schlen jedoch mittelmächtig an sein und erreichte nicht einmal die Stimmung bei unteren Aufschlagsmägen in Schweden. Verschiedene der am Platz rennen bereiteten Reiter hatten auch Pferde, denen man die durchgemachte Dunaerperiode deutlich ansprechen sah, aber ein Teil der Pferde befanden sich in andauernder Verfassung. Die meisten waren errichtet worden, teils für die Pferde, teils zur Veranschaulichung des Publikums. Und da der eine Soutaregen den anderen ablöste, wurde das Gedränge in den Reihen unübersichtlich.

An einem anderen Tage machte ich einen Abschied nach den „Ankeln“ hinaus und besah mir die eleganten Bitten dort drinnen. Nur einlose wenige von diesen werden von ihren früheren Eigentümern bewohnt. Die allermeisten sind während der Unruheperiode übergeben worden und sind später von den Mätschörden zu Kinderheimen und Erholungsheimen für Arbeiter und Beamte eingerichtet worden. Ich aese in eine derartigen Vorurteile hinein. In der Küche wird gerade das Mittag angerichtet: Fleisch, Kartoffeln und Apfelschmalt. Eine unherausfällige Ordnung und Sauberkeit. Die Wirtin führt mich in den Speisesaal, wo bereits etwa 20 Männer in ihren Arbeitsjacken sitzen. Sie lassen sich nicht im geringsten durch die Hitze stören, daß ich durch die Räume aese, aber ich bin höchst erstaunt über das saftige Benehmen und die Ruhe, die hier herrscht. Am Billardstisch ist auch Leben. Keine Spuren von Verhöhnung an Würfeln oder Fernsehern sind wahrnehmbar. In diesen Erholungsheimen dürfen die Arbeiter ein paar Urlaubstage anbringen zur Erholung.

Ich habe auch eine Sprichtour nach Südwesten nach Peterhof zu unternehmen, um dasselbe Kinderheim wieder zu besuchen wie 1920. Die Kinder scharen sich um mein Motorrad. Das eine und andere kennt mich wirklich wieder und die kleine 18jährige Vorkerberin zele mir die Lokale. Ich fand nicht, daß es genau so fein und sauber aussah wie 1920, aber die Betten waren in Ordnung und die Kinder ebenso fröhlich und grasid wie damals. Sie erzählten mir jedoch, daß ihr Unterhalt sich in der letzten Zeit verschlechtert habe — eine natürliche Folge der Sparfahigkeit der Regierung. Aber keine der Kinder hatte Hunger gelitten. Sie haben Röhre und Pferde, Schweine und Hühner, die sie pflegen. In einigen Tagen soll der älteste Jahreskursus — 18jährige — die Schule verlassen und den Kampf ums Leben beginnen. Ganz sicher werden sie da lernen, was Entbehrungen heißt.

Nach einem gründlichen Abschiedsmittag bei dem Vater der schwedischen Kolonie, dem Direktor der Textilwerkfabrik, Dr. Russell — ein Mittag, das wie gewöhnlich nicht vor 5 Uhr morgens zu Ende war — stebe ich im Begriff die Reise über Nowgorod Weliki nach Moskau fortzusetzen. P. G. Brusewich im „Dagens Nyheter“, Stockholm.

Wilhelms Kinder wollen keine Stiefmutter

Eine private Meldung, die durch die bürgerliche Presse läuft, lautet:

Die Nachricht von der bevorstehenden Verlobung Wilhelms II. mit der Prinzessin Hermine Schönaich-Corolath, die vor kurzem aus Amerika, die dem früheren Kaiserin nachhaken, bestritten wurde, wird jetzt von dem amerikanischen Pressebüro, auf das sie zurückzuführen, von neuem verbreitet mit dem Hinausführen, daß ihre Nichtigkeit jetzt in eingeweihten Kreisen bestätigt werde. Wie verlautet, wird die Meldung tatsächlich auch hier nicht mehr ernsthaft bestritten. Dagegen soll aus den Reihen der Familienmitglieder des ehemaligen Kaisers Protest gegen seine beabsichtigte Wiederverheiratung eingeleitet worden sein und auch seine Kinder sollen eine Klion gegen das Heiratsojekt unternommen haben. Die Veröffentlichung der Verlobung soll in einigen Wochen erfolgen.

Es lösen sich alle Bande frommer Ehen, wenn die Möglichkeit auftaucht, das Erbteil womöglich noch mal mit anderen teilen zu müssen. Armer Wilhelm! Sie können dir auch gar nichts. Erst das undankbare Volk, jetzt die undankbaren Kinder. Nebenbei sei erwähnt, daß Wilhelm 63 Jahre alt ist, während seine Gelliebte im 24. Lebensjahre steht.

Ueber die politische Seite der Angelegenheit äußert sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ folgendermaßen:

„Wollte man diese Angelegenheit politisch ansehen und beurteilen, so müße man aus der Standpunktweise des ehemaligen Kaisers den Schluss ziehen, daß er endgültig jede Hoffnung aufzuaufgeben hat, noch einmal auf den Kaiserthron zurückzukehren. In dieser Hinsicht könnte man ihn nur beklammern, da tatsächlich im gegenwärtigen Augenblick eine derartige Entwicklung von jedem praktischen Politiker als ausgeschlossen angesehen werden muß.“

Wenn's nur so wäre!

Verurteilter Antisemitisch

Einen der schwersten deutschvölkischen Judenfreßer und Verleumder, den Redakteur der „Mitteldeutschen Presse“, Hans Hottenrott, dessen Wirt in letzter Zeit wiederholt verboten wurde, hat das Magdeburger Schöffengericht empfindlich auf Maul geklopft. Drei Verleumdungsfälle haben ihn auf die Anklagebank gebracht und ihm sieben Monate Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten eingetragen. Größlich beleidigt und verkleumdet hat Hottenrott den ersten Bürgermeister von Staßfurt, wofür er zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Beleidigung eines Kaufmannes, der einmal in einer Versammlung Hottenrotts tonloses Referat zerpflückte, brachte eine weitere Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis, der dritte Fall eine solche zu 300 Mark Geldstrafe. Hier hatte Hottenrott einem Angehörigen des Metallarbeiterverbandes Unterdrückung von Arbeitergroßchen und Schlamperel mit Arbeitergroßchen vorwerfen. In den Urteilsbegründungen heißt es u. a.: „Die Handlungsweise Hottenrotts bei Propagierung seiner Ideen, die häufige Strafe und der geringe Respekt vor dem Ehrgefühl seiner Mitmenschen lassen die Höhe der Strafe gerechtfertigt erscheinen.“

Die Eisenbahnerlöhne im besetzten Gebiet

Die Lohnbewegung der Eisenbahner im besetzten Gebiet veranlaßte die internationalisierte Kommission, der Eisenbahndirektion in Köln mitzuteilen, daß die den Eisenbahner gezahlten Löhne nicht ausreichend erscheinen und daß sich die Eisenbahndirektion sofort mit dem Reichsverkehrsministerium wegen einer besonderen Lohnregulierung ins Benehmen setzen möge. Ein englischer Major hat im Namen der Internationalisierten Kommission der Eisenbahndirektion ferner den Vorschlag gemacht, bei zukünftigen Lohnverhandlungen die Internationalisierte Kommission zuzuziehen.

Neue Geldgrenzen für das Gewerbe und Kaufmannsgericht. Die fortschreitende Geldentwertung macht eine Abänderung der in den Gesetzen über die Gewerbe und Kaufmannsgerichte festgesetzten Geldgrenzen erforderlich. Ein Gesetzentwurf, der für die Zukunft eine Abänderung dieser Grenzen auch ohne Inanspruchnahme des Reichstages ermöglicht, wird zurzeit im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet; er wird dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt zugehen.

Erhöhung der Bezüge der staatlichen Arbeitnehmer. Wie die V. G. H. erfahren, werden im Reichsministerium am Dienstag nachmittags Vorbereitungen mit Führern der Spitzenorganisationen statt, um die für Donnerstag nachmittags 2 Uhr festgesetzte Besprechung über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter vorzubereiten.

Der Landesverratsprozeß gegen den Genossen Frenschbach, sowie gegen den Herausgeber der Internationalen Korrespondenz in Berlin, Dr. Garasch, und den Münchener Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung Lemke beantragt laut Münchener Neuesten Nachrichten vor dem Volksgericht in München am 8. Oktober.

Zwei Schreibsteller haben sich in dem geistlichen Artikel des Genossen Paul Berg eingeschrieben. Bei den durchschnittlichen Indexziffern muß es heißen: April/Oktober 15 114,50 Wätsch, ferner: August/Oktober 23 619,50 Wätsch.

Groß-Berlin

Der Armenfriedhof

Draußen, vor dem Tore, weit vom lärmenden Weltstadtgetriebe, liegt ein Friedhof. Nur ab und zu klingt aus der Ferne das Rattern eines vorüberfahrenden Fern- oder Vorortzuges herüber. Keine monumentalen Grabdenkmäler schreien mit prächtigen Inschriften dem einsamen Beschauer die „Verdienste“ der Abgeschiedenen entgegen. Reibe an Reibe reden sich die schmutzigen Holzkreuze in die Luft, endlos, ein Wald von toten Zahlen.

Der Friedhof der Armen, der Namenlosen. Die Einsamkeit des Todes breitet hier ihre Schwingen aus. Hier ruhen sie, denen das Leben die Heimat verweigert, die durch das Geschick ins Elend hinabgestoßen und die Verschollenen. Der Kypselwähler, der bettelnd jahraus, jahrein das Hünnermeer durchzog, vielleicht vor seiner Tür verschämt und mit flüsternder Stimme um ein Stück Brot, um ein paar Pfennige bat, der junge Mann, den hochgesteckte Hoffnungen in den Strudel der Weltstadt zogen, der, Schwindlern in die Hände fallend, von Stufe zu Stufe sank, das junge, einstmalige schöne Mädchen, das, kaum zwanzigjährig, so vielen, allzuvielen, ihre Liebe und ihren Körper schenkte, in irgendeinem Krankenhause dahingerafft von schlimmer Seuche, das zitternde alte Mütterchen, das in Arbeit und Ehren weit gewandert, das — so lange schon — den Mann und seine Kinderchen begrub, dem Rot die wenigen Sparspennige fraß, als Almosenempfängerin „für arm begraben“, der unbekannt Mann, der eines morgens mit durchschossener Schläfe in irgendeinem Park gefunden wurde, und seine Frau, die man aus dem Wasser zog — Opfer der Weltstadt, Opfer des Lebens, Opfer der Zeit, der „Armen und gewaltigen“.

Ah, daß die kalte, gelähmte Leichenhalle jemals leer geworden wäre! Sie ist zu klein — übereinander habe ich da draußen schon die Särge stehen sehen, morische, dünne Armenjäger. Die Stadt sorgt für Nachschub, Gevatter Tod hält reiche Ernte.

Man macht nicht viel Geschichten da draußen. Die oft mag schon der kleine, schwarze Karren, beladen mit zwei Särgen zugleich, den Weg zurückgelegt haben von der „Halle“ bis zu den Massengräbern! Das „Privileg“, im eigenen Grab zu ruhen, wird jenen Parias nicht zu teil. Wozu die Mühe! Die Zeit ist kostbar und die Friedhofsarbeiter haben viel zu tun —

Eine Mutter begrub ihr Kind. Keine Blume schmückte den kleinen Sarg. Stumm schoben die Träger den Karren, mit verhärtem Gesicht, leise weinend, wankte die Frau hinterher. Mit dünnem Aelch, fröhlich, handte sie am offenen Grabe und nahm Abschied. Die Armut grinst —

Redet mir nicht vom „Gleichmacher“ Tod. Gewiß, auch über den endlosen Reigen nummerierter Kreuze laßt die liebe Frühlingsblüte und brausen die Stürme des Herbstes. Aber der Fluß der Armut ist jenen Glenden bis ins Grab gefolgt und verlagte den meisten von ihnen das geringste aller irdischen Privilegien: ein menschenwürdiges Begräbnis.

Lang, lange habe ich an diesem Orte des Todes gewelt. Kräftiger als sonst leuchteten in der Umgebung in klarer Luft die frischen Herbstfarben auf, und wo eben noch tiefer, fatter Himmel blaute, spielte, schon wolkenumhüllt, ein glühender Sonnenuntergang sein stummendes Drama. Schon fing sich der kühle Abendwind in zarten Gräsern.

Da schauerte ich zusammen. Es war die Erkenntnis von der Größe des Jammers, der Summe von Leiden, die hier, ohne ein Zeichen des Mitleids und der Trauer, begraben liegt.

Draußen im Norden, vor den Toren der Stadt. — D. W.

Der Wiederbeschaffungspreis

Seitdem die Preisprüfungsstelle Berlin einen vollkommen neuen Grundsatze aufgestellt hat für die Preisberechnung der Waren im Detailhandel, schwelgt alles im süßlichen Tone vom „Wiederbeschaffungspreis“. Die Händlerpresse feiert die Einsicht der Berliner Preisprüfungsstelle in den höchsten Tönen. Sie hat auch Grund dazu. Es ist nicht mehr neu, daß die Preisprüfungsstelle Berlin schon von jeher ein sehr weites Herz für die Händler hatte und daß die in der Preisprüfungsstelle vertretenen Interessenten mit der Kalkulationsgrundlage und mit dem, den Kleinhändlern zugestandenem Zwischenhandelsgewinn sehr zufrieden sind.

Der kleinste Händler, bei dem sich nur ab und zu ein Kunde in seinen Laden verirrt, braucht nur den von der Preisprüfungsstelle festgesetzten Aufschlag zu nehmen, um damit seine gute Existenz zu haben. Von einer Seite eines Kleinhändlers ist darum auch keine Rede mehr, dafür sorgt gewissenhaft die Preisprüfungsstelle. Sie kennt das System von der Zwangswirtschaft her. Auch damals war es schon Grundsatze, den Zwischenhandelsgewinn so hoch zu setzen, daß die Händler mit den geringsten Umsätzen noch eine Existenz hatten. So kam es, daß Fleischer, Bäcker und Grünhändler ein wohlgefalliges Leben führten, obwohl die persönliche Leistung äußerst gering war. Die Fleischer hatten oftmals nur 2 Tage in der Woche ihr Geschäft geöffnet.

Es ist ganz verständlich, daß die vom hohen Magistrat künstlich hochgehaltenen Existenzen jetzt in der „freien Wirtschaft“ erst recht auf den Appetit gekommen sind. Wie einträglich die Kleinhändler ihre Existenz einschätzen, geht daraus hervor, daß heute ein kleines Fleischergeschäft, sich eine Viertel Million und mehr bezahlen läßt, wenn es nur den Vermietter wechselt. Bäckereien, Milchgeschäfte und andere sollen ähnliche Preise haben. Trotzdem wird es jedem Kunden zehnmal erzählt, daß der Magistrat sie mit der neuen Gewerbesteuer erdroffelt. Die Verschleidenheit des Kleinhändlers ist wirklich eine Bier.

Daß die Preisprüfungsstelle mit der Anerkennung des Wiederbeschaffungspreises getan hat, geht doch über die Grenzen einer kommunalen Einrichtung weit hinaus. Der Kleinhändler soll das Recht haben, nicht den Einkaufspreis, sondern den Wiederbeschaffungspreis einer Ware zur Grundlage zu nehmen. Das ist ja bei der springenden Preiskurve besonders angenehm. Wo ist hier überhaupt eine Kontrolle. Weiß der Geschäftsmann, wie der Wiederbeschaf-

ungspreis später aussehen wird, wenn die alte Ware verkauft ist? Unmöglich. Deshalb wird die Preisfaktulation in das Reich der Vermutungen gelegt, denn der Geschäftsmann wird irgendeinen Preis annehmen und dabei gewiß nicht unterfahren. Wenn auch der Magistrat in einer lauten Erklärung den Beschluß der Preisprüfungsstelle nicht billigt, so ist damit nichts getan. Die Aufhebung des Beschlusses muß herbeigeführt werden. Für die Geschäftsleute gilt eben der ihnen genehme Beschluß.

Aber die Sache hat auch einen anderen Sinn. Hält die Geschäftswelt diesen Grundsatze fest, dann müssen die Arbeiter bei ihren Lohnforderungen nicht mehr die statistischen Teuerungsziffern der verflochtenen Zeit als Grundlage nehmen, sondern die vermutlichen Teuerungsziffern in den kommenden Wochen. Auch für die Arbeiter gilt der Wiederbeschaffungspreis, weil er mit dem Betrag, für den er im letzten Monat, nach den Teuerungsziffern, sich die Ware kaufen konnte, im kommenden Monat unmöglich dieselbe Ware erhalten kann. Deshalb wird ja die Lebenshaltung von Monat zu Monat herabgedrückt. Will der Arbeiter leben und sich gegen die Verpfändungen der Händlerwelt wehren, dann muß er auch den Wiederbeschaffungslohn verlangen.

Das „Sachverständigen-Gutachten“ über die Straßenbahn

Wir haben bereits mehrmals darauf hingewiesen, daß das sogenannte „Sachverständigen-Gutachten“, mit dem jetzt eine eifrige und sehr durchsichtige Debatte gegen den städtischen Betrieb inszeniert wird, ein reines Interessentengutachten ist. Wir werden die Organisation der Elektrizitätswerke, wie der Gas- und Wasserwerke noch eingehend behandeln. Wir beantragen uns heute mit den folgenden rein sachverständigen Angaben, die allerdings für die Qualität der für 500 000 M. geleisteten Arbeit vernichtend sind.

In dem Gutachten des Sachverständigen-Ausschusses über die Werke der Stadt Berlin wurden bezüglich der Straßenbahn eine Reihe Feststellungen gemacht, die sich bei näherer Prüfung als vollkommen unzutreffend erwiesen haben.

So wird u. a. angegeben, daß bei der Straßenbahn 24 Schaffner und 47 Fahrer als Reservepersonal vorhanden sei! Die Ermittlungen haben ergeben, daß im Durchschnitt während des letzten Halbjahres in s a g a m t an Schaffnern und Fahrern nur 30 Mann für Rangier- und Aufsichtsdienst verwendet wurden, deren Zahl im unbedingten Betriebsinteresse nicht weiter verringert werden darf. Andere Bahnen, wie München, Hamburg, haben ungefähr fünfmal soviel Reservepersonal wie die Berliner Straßenbahn, Dresden sogar noch mehr.

Kerner wird behauptet, daß 276 Betriebskräfte vom Dienste befreit seien. Bei Uebernahme der Straßenbahnen seitens der Stadt waren allerdings 288 Betriebskräfte vorhanden, von denen etwa 5 händig und 25 zum Teile vom Dienste befreit waren. Seit geraumer Zeit ist aber diese große Anzahl Betriebskräfte bei einem gesamten Personalstand bei der Straßenbahn von 15 300 Mann von 288 auf bloß 30 Mann verringert worden, die bis auf 5 zu händiger Arbeitsleistung herangezogen werden.

Auch die Behauptung, daß die Straßenbahnangestellten im Krankheitsfall mehr verdienen als bei Arbeitsleistung, war zwar früher auf Grund des von der alten Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1920 abgeschlossenen Manteltarifvertrages richtig. Seit dem 1. Juli d. J. aber ist mit diesem Uebelstande gebrochen worden. Durch die Berringerung des Lohnes im Krankheitsfall ist auch die Anzahl Erkrankungen stark heruntergegangen. Während beispielsweise noch im vorigen Sommer der Krankenstand beim Schaffnerpersonal 6,8 Prozent, beim Fahrerpersonal 5,1 Prozent betrug, beträgt er jetzt im Durchschnitt 3,2 Prozent bei den Fahrern und 2,1 Prozent bei den Schaffnern.

Ebenso werden die von dem Sachverständigen-Ausschuss empfohlenen Abrechnungen in den Werkstätten und im Betriebe, die allerdings bei der Uebernahme der Straßenbahnen nicht vorhanden waren, seit längerer Zeit durchgeführt. Aus diesen ergibt sich u. a., daß bei der Uebernahme durch die Stadt auf 100 geleistete Wagenkilometer 5,0 Mann Personal einfielen, während jetzt auf die gleiche Leistung bei vermehrten Arbeiten in den Werkstätten und im Eisenbau bloß 4,50 Mann entfallen. Auf den gesamten Verkehrs- und Werkstattdienst bezogen, also eine Erbsparnis gegenüber früher von etwa 9 Prozent Personal.

Die polizeiliche Meldung von Ausländern

Die über 16 Jahre alt sind, haben sich in Preußen binnen 48 Stunden nach der Ankunft persönlich bei der zuständigen Polizeibehörde zu melden. Dauert der Aufenthalt nicht länger als 48 Stunden, so besteht keine Meldepflicht. Die Handelskammer zu Berlin hatte die zuständige Behörde auf die Störung geschäftlicher Verhandlungen mit ausländischen Geschäftsfreunden aufmerksam gemacht, die besonders dann eintrete, wenn diese den ersten und vielleicht einzigen Tag ihres Aufenthaltes durch die aktuarische persönliche Meldung während der polizeilichen Dienststunden vertreiben müssen. Eine einseitige Regelung in allen deutschen Ländern ist beim Reichsministerium des Innern angeregt worden.

Nächtliche Ueberfälle

In der vergangenen Nacht wurde der Brauereiarbeiter Karl Peters von den beiden obdach- und arbeitslosen Männern Oswald Schleiting und Willy Schloffer überfallen und zu Boden geschlagen. Auf die Hilfe des Ueberfallenen eilten Beamte der Schutzpolizei herbei, die die beiden Täter ergrieffen. — In der Wilmsstr. war der Inspektor Meyer überfallen worden. Als drei Personen gegen die nächtlichen Rohlinge einschreiten wollten, machten diese auch gegen die Polizisten Front. Es gelang den Beamten, einen der Bürlichen, den Boxer K. aus Friedenau festzunehmen, während sein Kumpan entkam. — Als gestern abend gegen 10 1/2 Uhr die 26 Jahre alte Lucie V. den Bahnhof Grunewald verließ, wurde sie von einem Manne angeprochen. Vor Schreck kopflos lief sie in den Grunewald hinein und verirrte sich hier. Bei der Untersuchung nach Nikolasssee trat ihr ein zweiter Mann entgegen, ergriff ihr die Handtasche und ließ davon. Auf ihre Hilferufe eilte der Kaufmann Alex Richter mit seinem beiden Hunden herbei, konnte den Räuber aber trotz sofortiger Verfolgung nicht mehr einholen.

Im Zeichen des Lixors

Der Bucherabteilung des Polizeipräsidiums ist es gelungen, eine größere Schriftschreibung anzubekommen. Es handelt sich um ca. 20 000 Liter, die angehalten werden konnten. Es wurde festgestellt, daß die Zwischenhändler bei der Versteigerung der edlen Flüssigkeit an Lixorsfirmen hohe Vermittlergespensen verdienten. Als die Polizei den Mann in seinem gewinnbringenden Geschäft antraf, wurde er außer Acht gelassen, so daß nur mit Mühe Täuschlichkeiten gegen die Exekutivbeamten verhindert werden konnten. Der spritzfrohe Zeitgenosse muß seiner Sache sehr sicher gewesen sein.

da er den Beamten drohte, den ganzen Vorkall in die Presse zu bringen. Hierdurch ist er nun der Mühe überhoben worden.

Der Verkauf preiswertes Seefische muß in dieser Woche leider ausfallen, da nach Feststellung der Organisation der Fischhändler wegen geringer Zulage eine erhebliche Preissteigerung eingetreten ist, die den üblichen Mittwochverkauf undurchführbar macht. Es ist jedoch zu hoffen, daß die demnächst in Kraft tretende Steuerung der Ausfuhr von Seefischen hier Wandel schafft, so daß die preiswerten Seefischverkäufe demnächst wieder aufgenommen und regelmäßig allwöchentlich durchgeführt werden können.

Ämtliche Vermittlungsstelle zwischen zukunftsgebenden Wohnungsuchenden und Erbauern von Klein-Wohnhäusern. Einem Beschluß des Ausschusses für Wohnungsweien folgend hat das Bezirkswohungsamt Lichterfeld eine Stelle für die Vermittlung zwischen haussuchenden Wohnungsuchenden und Erbauern von Klein-Wohnhäusern und Wohnhäusern eingerichtet, durch die es mangels verfügbarer öffentlicher Mittel kapitalstarken Siedlern ermöglicht werden soll, mit größeren Aufschüssen ihr Bauvorhaben zur Ausführung und Vollendung zu bringen. Andererseits können die hausgebenden Wohnungsuchenden außer der Reihe in den Besitz einer Wohnung gelangen, wenn sie in der Liste eines Groß-Berliner Wohnungsamtes eingetragen sind. Hierbei werden diejenigen, die beim Lichterberger Wohnungsamt zuzuhändig und eingetragen sind, bevorzugt. Auf diese Weise sollen beide Teile vor überhöhten Vermittlungsgebühren, die von vielen nicht öffentlichen Stellen erhoben werden, geschützt werden. Weiter wird unter den gegebenen Verhältnissen die Neufassung von Wohnungsbauten gefördert und der Wohnungsmarkt entlastet, ohne daß die Aufwendungen der anderen Wohnungsuchenden berührt und hintangeworfen werden. Den zukunftsgebenden Wohnungsuchenden können die Stadtwohnungen der Siedler übertragen werden, die ohne die Beihilfe niemals frei geworden wären. — Die Vermittlungs- und Nachweiskeit befindet sich im Bürogebäude M l l e n d o r f s t r. 6. 3. Aufgang, Zimmer 34 und ist außer Mittwoch und Sonnabend von 9 bis 1 Uhr geöffnet. Die Entgegennahme von Anträgen, Nachweis und Auskunft erfolgen k o s t e n l o s unter Ueberwachung des Bezirkswohungsamtes.

Ein erzkundlicher Beschluß. Ein Stadtverordneten-Ausschuss leuchte am Montag die Magistratsvorlage, betreffend Einstellung der Darlehnsabwägung aus Mitteln der städtischen Darlehnskasse ab. Der Ausschuss nahm einen Antrag an, wonach der Magistrat ersucht wird, die Darlehnskasse weiter bestehen zu lassen und für neue Verlehnung des Geschäftsvorfalles zu sorgen sowie der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen.

Die Sparkasse der Stadt Berlin hat neuerdings drei weitere Giroklassen unter Bezeichnung: Girokasse Nr. 6 der Stadt Berlin, Berlin SO 18, Ropenider Str. 45, Girokasse Nr. 9 der Stadt Berlin, Berlin SW 68, Zimmerstraße 10/11, Girokasse Nr. 12 der Stadt Berlin, Reutal, Rottbuser Damm 13, eröffnet.

Das Bezirksamt Mitte macht dringend darauf aufmerksam, daß Beschwerden über die Wohnungsämter nicht, wie dies leider vielfach geschieht, an den Magistrat oder den Oberpräsidenten, sondern an das in erster Instanz zuständige Bezirksamt (Deputation für Wohnungswesen), Klosterstraße 68, schriftlich zu richten sind. Nur dann werden die hauptsächlichsten Klagen über Verzögerungen verschwinden.

Sprech-Chor für die proletarischen Feiertenden, Donnerstag, den 21. September, abends 7 Uhr, in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16/17, Nebungshunde. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Die Genossin Fahrenwald schreibt uns: Zu meinem 70. Geburtstag sind mir von den Genossen und Genossinnen viele Beweise von Liebe und Verehrung entgegengebracht worden. Es ist mir nun nicht möglich, jedem einzelnen zu danken, weshalb ich diesen Weg wählte, um allen, die an meinem Geburtstag mich durch ihre Aufmerksamkeit erfreuten, hiermit meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Agnes Fahrenwald.

Jugendweibe Oberhönweide. Die Jugendweibe findet am Sonntag, den 24. September 1922, vormittags 10 Uhr, in den Räumen von „Wilhelminenhof“ statt. Eintrittskarten sind in beiden Konsumverkaufsstellen, bei Pader, Klarrenschicht, Restaurant Imberg, Blumen-Dorndorf, Wilhelminenhofstraße 47, Schuster (Restaurant Fleischerwirth), Becher, Zepfstr. und bei Cronau, Wilhelminenhofstraße 44, 2 Treppen, zu haben.

Die Walderholungsstätte in der Rönigshöhe wird am Sonntag, den 24. September 1922, für das laufende Jahr geschlossen. Allen rubebedürftigen Personen bieten sich demnach letztmalig die Möglichkeit eines 10-tägigen Aufenthaltes. Vom Bahnhof Baumshulenweg, der auch mit den Straßenbahnlinien 33 und 84 zu erreichen ist, fährt ein Buswen in 20 Minuten zur Erholungsstätte. Der Verpflegungssatz für Selbstzahler beträgt 25 Mark (Kinder 15 Mark). — Zur Entgegennahme von Anmeldungen ist das Büro, Erbsstraße 27, Erdgeschoss, Zimmer 3, von 9-1 Uhr geöffnet.

Das rasende Auto. Der Privatautobesitzer Victor Weber aus Johannistal überfuhr die gefährliche Kurve an der Kreuzung der Neuen Krugallee und der Baumshulenstraße in Baumshulenweg mit einer Geschwindigkeit von 50-60 Kilometer. Nach seiner polizeilichen Feststellung fuhr er mit noch größerer Geschwindigkeit weiter. Aus der zu erwartenden Geldstrafe machte sich also diese Leute, die ihre Mitmenschen auf das schwerste gefährden, offenbar gar nichts. Hier hilft nur eins: rücksichtslose Entziehung des Fahrrechts.

Nobel! Der Kaufmann August W. aus der Lixorsstr. 11 in Berlin machte in dem Lokal von W. in Alt-Treptow eine Woche von über 1500 M., meierte sich aber auch nach polizeilicher Feststellung, die 10 Prozent Bedienungsgeld zu zahlen. Wer die Tausender für Alkohol übrig hat, während anderen das Geld an Brot und Kohlen fehlt, sollte doch wenigstens so nobel sein, sich vom Keller nicht umsonst bedienen zu lassen.

In dem Millionendiebstahl in einer Konfektionsfirma. Die drei verhafteten Angestellten einer Konfektionsfirma am Hauspötelplatz, die lange Zeit auf Kosten ihres Chefs einen schwunghaften Handel mit Damenmänteln treiben konnten, haben nunmehr ein umfassendes Geständnis abgelegt. Bei zwei von ihnen fand die Kriminalpolizei die Summe von 25 000 Mark in barem Gelde vor, die aus diesem Mantelgeschäft stammen dürften.

Schlechte Stoffe im Blut sind die Träger vieler Krankheiten, besonders von Hautauschlägen, Pecheln, Hämorrhoiden, Rheuma. Diese verschwinden nach einer gründlichen Blutreinigungskur mit Saniololol Dr. Strahl's Hausmittel, welcher den Organismus gründlich entgiftet und durch den Urin die schiefen Stoffe ausscheidet. Eine jährliche gründliche Blutreinigung- und Aufreicherungskur ist jedem zu empfehlen, welcher Wert auf Gesundheit legt. Originalpaket Mk. 25,-. (Eins für vier Paketen = Mk. 25,-). Zu haben in der Elefant-Apotheke Berlin SW 10, Leipziger Straße 28 (am Dönhofsplatz).

Gewerkschaftliches

Die Bauarbeiter-Internationale

Die Bauarbeiter-Internationale hält am 2. Oktober 1922 nachfolgende Tage in Wien im Sitzungssaal der Arbeiterkammer ihre 5. Konferenz ab. Am 1. Oktober tritt der Gesamtvorstand zu seiner jährlichen Sitzung zusammen.

Außer der Konferenz der Bauarbeiter-Internationale werden ebenfalls in Wien am 3. Oktober ein allgemeiner internationaler Bauarbeiterkongress und am 4. Oktober ein internationaler Baugildenkongress laien. Der allgemeine internationale Bauarbeiterkongress soll in der Hauptsache die Gelegenheit zu einer Aussprache mit jenen Bauarbeiterorganisationen sein, die heute der Bauarbeiter-Internationale noch nicht angehören. Am Baualltagskongress wird zu prüfen sein, in welcher Weise den sozialen Baubetrieben in den einzelnen Ländern durch internationale Zusammenarbeit gebietet werden kann.

Die Tagesordnung der 5. Konferenz der Bauarbeiter-Internationale sieht folgende Behandlungspunkte vor: 1. Bericht des Sekretärs; 2. Stellungnahme zum allgemeinen internationalen Bauarbeiterkongress; 3. Statutenänderung; 4. Die Lage der Bauarbeiter in den verschiedenen Ländern; 5. Stellungnahme zum Baugildenkongress; 6. Wahl des Vorstandes und 7. Verschiedenes.

Aus dem Bericht des Sekretärs ist zu entnehmen, daß zu den neun Verbänden mit 605.000 Mitgliedern, die im Oktober 1919 zur Wiedererrichtung der Bauarbeiter-Internationale in Amsterdam zusammentraten, im Laufe der Verichtszeit 13 neue Verbände hinzugekommen sind. Damit sind der Bauarbeiter-Internationale heute angeschlossen 22 Verbände in 17 Ländern mit über 1.200.000 Mitgliedern. Den Hauptanteil an dieser Zahl stellen die Bauarbeiterverbände in Deutschland und England.

Der geschäftsführende Ausschuss beantragt eine Aenderung der bisherigen Satzung, die besonders auf die Beitragsleistung gerichtet ist. Die bisherige Art der Beitragsberechnung bedeutete für eine Anzahl der angeschlossenen Organisationen eine Unannehmlichkeit. Nach der vorgeschlagenen Aenderung soll der Beitrag für das Mitglied und Jahr zwei Centimes Schweizer Währung betragen.

Von Wichtigkeit für die Weiterentwicklung der Bauarbeiter-Internationale, deren Ziel die internationale Zusammenfassung aller baugewerblichen Arbeiter ist, dürfte die in der Satzungänderung vorgesehene Berufsgruppenvertretung im Gesamtvorstand sein. Die diesbezüglichen Bestimmungen lauten:

Der Gesamtvorstand wird von der Konferenz gewählt und besteht aus dem geschäftsführenden Ausschuss; dem Vorsitzenden, dem Kassierer und dem Sekretär sowie aus fünf Beiräten und den Berufsgruppenvertretern. Die 5 Beiräte sind den zu bildenden 5 Ländergruppen zu entnehmen. Jede Berufsgruppe, ausgenommen jene, die schon durch den geschäftsführenden Ausschuss oder durch die Beiräte der Ländergruppen eine Vertretung haben, wählt einen Obmann in den Gesamtvorstand.

Die einzelnen Berufsgruppen können ihren Beruf betreffende Erhebungen und Statistiken veranstalten und besondere technische Konferenzen abhalten. Solche Konferenzen werden auf Antrag des Berufsgruppenobmannes vom geschäftsführenden Ausschuss einberufen und sollen möglichst gleichzeitig mit der Konferenz der Bauarbeiter-Internationale stattfinden.

Bei der Besprechung der Lage der Bauarbeiter in den verschiedenen Ländern werden besonders der Wiederaufbau in Nordfrankreich und die Aus- und Einwanderung der Bauarbeiter einen breiten Raum einnehmen. Es steht zu erwarten, daß die Konferenz in Wien in großzügiger Weise Maßnahmen zum Schutze der am Wiederaufbau in Nordfrankreich beschäftigten Arbeiter beschließt.

Tarifverhandlungen für die Angestellten der Reichsverwaltungen

Die Tarifverhandlungen mit der Reichsregierung über den Neuabschluss eines Tarifvertrages für die Angestellten des Reiches gehen außerordentlich langsam vor sich.

Als Grund hat die Regierung bei Beginn derselben aufgestellt, daß die Angestellten im großen und ganzen wie die Beamten behandelt werden sollen. Diese Ansicht hat sie bisher nur insoweit verwirklicht, als es sich um Schlechterstellung gegenüber den bisherigen Zuständen, insbesondere bei der Eingruppierung und der Berechnung des Vergütungsalters handelt. Gleichzeitig schlägt sie jedoch gegenüber den Rechten, die die Beamten bereits besitzen, noch weitergehende Verschlechterungen vor. Sie übersieht dabei vollkommen, welche außerordentlichen Vorteile die Beamten durch ihre Anstellung auf Lebenszeit, durch unbeschränkte Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen und durch ihre Alters- und Hinterbliebenenfürsorge besitzen.

Aber auch die den Angestelltenvertretungen geschmähten zutreffenden Rechte verliert die Regierung auf dem Wege über den Tarifvertrag zu beschneiden. So weigert sie sich insbesondere, anzuerkennen, daß die Angestelltenräte bei der Eingruppierung der Angestellten in die Vergütungsgruppen gleichberechtigt mitzuwirken haben. Ein Recht, das diesen nach § 78 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes unzweifelhaft zusteht. Sie will die Eingruppierung durch die Dienststellenleiter, deren Wohlwollen für die Angestellten ja hinreichend bekannt ist, vornehmen lassen und den Angestelltenvertretungen lediglich von der erfolgten Eingruppierung Mitteilung machen.

Die neutralen Beamtenorganisationen unterstützen diese Bestrebungen der Regierung gegen die Angestellten, so daß dieser Einheitsfront von Regierung und Beamtenorganisationen die geschlossene Front aller Behördenangestellten gegenübergestellt werden muß. Der Kampf gegen diese Verschlechterungen erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte und resolute Organisation der Behördenangestellten im Zentralverband der Angestellten, der auf diese Weise in die Lage versetzt wird, die beabsichtigten Angriffe der Regierung gegen die Rechte der Angestellten abzuwehren.

Der Manteltarif der Straßenbahner

Vom Deutschen Verkehrsband geht uns folgender Bericht zu: Die Berliner Straßenbahner nahmen in drei großen Versammlungen den Bericht über die Verhandlungen über den Anhang zum Manteltarif, die vor dem Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, entgegen.

Die Referenten Dr. Mann, Hiller und Streblow gaben den Einigungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums bekannt. Die Versammelten waren empört, daß nicht nur die freien Tage durch Bezahlung abgekauft werden sollen, sondern darüber hinaus auch noch Ueberstunden gemacht werden müssen. Die nähere Festlegung bleibt dem Ermessen der Betriebsleitung vorbehalten.

Der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums sieht weiter vor, daß den Straßenbahner nicht wie bisher 52 freie Tage im Jahr, sondern 56 gegeben werden; davon sollen aber nur 30 freie Tage bestimmt, die übrigen können nach Belieben der Betriebsleitung gegeben oder bezahlt werden. Es soll also durch Bezahlung die Freiheit beschnitten und den Straßenbahner der Achtstundentag genommen werden.

Dieser famose Einigungsvorschlag ist genau wie der Schiedsspruch ein Festschlag, der den Straßenbahner nicht das bringt, was er ihnen nimmt.

Die Versammelten brachten ihren ablehnenden Standpunkt zu diesen Vorschlägen durch Annahme folgender Entschlieung zum Ausdruck:

Die Belegschaft der Straßenbahner hat Kenntnis genommen vom Einigungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums. Sie hat dazu folgendes zu erklären:

Der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums bemüht sich, in dem Konflikt zwischen Direktor und Belegschaft zu vermitteln. Der Vorschlag läßt aber alle die Punkte bestehen, die nachteilig für die Arbeiterschaft sind.

Es bleibt also auch nach dem Einigungsvorschlag bei der Verlängerung der Arbeitszeit und bei der Kürzung des Lohnes durch Wegfall der Nacht-, Sonntags- und Wochenfeiertags-Zuschläge.

Die dafür angebotene Erhöhung der Ueberstundenzuschläge bietet keinen Ausgleich. Sie bedeutet ferner eine Aufhebung des Achtstundentages.

Die Belegschaft der Straßenbahner muß es ablehnen, in eine Verlängerung der Arbeitszeit einzuwilligen.

Die Belegschaft der Straßenbahner kann auch nicht einen Abbau ihres Lohnes hinnehmen, noch dazu in einer Zeit, wo die Preise aller Waren sprunghaft steigen.

Die Belegschaft der Straßenbahner hält an dem Grundsatz fest, daß für sie das gleiche Recht gelten muß wie für die übrige städtische Arbeiterschaft.

Lohnverhandlungen des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuerer

In der Treibriemenbranche fanden am 5. September in Berlin Tarifverhandlungen statt. Die Löhne wurden vom 1. bis 14. September in der I.-Klasse auf 63,50 M., in der II. Klasse auf 59 M., und in der III. Klasse auf 53 M. für gelernte Sattler festgelegt. Vom 15. bis 30. September erhöhten sich die Löhne in diesen drei Klassen auf 65,50 M., 61,50 M. und 54,75 M.

Die Verhandlungen für die Lederwaren-, Reise- und Sportartikelindustrie, die am 4. und 5. September in Dresden stattfanden, hatten das Ergebnis, daß den Arbeitern, die einen selbständigen Haushalt haben (mit Einschluß der Arbeiterinnen und der Heimarbeiter), für August eine einmalige Wirtschaftsschüttung von 300 M., den unverbesserten über 20 Jahre alten Arbeitern 350 M., den Arbeiterinnen 300 M., den Arbeitern von 18-20 Jahren 250 M., den Arbeiterinnen von 18 bis 20 Jahren 200 M. für August gewährt wurden. Für die erste Septemberhälfte wurde eine allgemeine Lohnzulage von 115 v. H. für ungelernete Arbeiterinnen 120 v. H. und vom 15. bis 30. September eine weitere Lohnhöhung von 15 v. H. statt der bisherigen 33 v. H. vereinbart.

Damit steigt der Mindestlohn für Arbeiter über 23 Jahre in der ersten Septemberhälfte auf 65,40 M., in der zweiten Hälfte auf 69,95 M. in der I. Klasse. Arbeiter, die über den Mindestlohn verdienen, erhalten wie vorstehend 70,95 M. oder 75,90 M. Stundenlohn.

Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen

Die wichtigsten Schutzbestimmungen für die Arbeiter und Angestellten, wie z. B. der Achtstundentag, sind heute auf Grund von Demobilisierungsverordnungen geregelt. Diese Verordnungen laufen mit dem 1. Oktober 1922 ab und können eventuell durch die Regierung noch um einen Monat verlängert werden. Es ist ausgeschlossen, daß bis zu diesem Termin eine gesetzliche Regelung der in diesen Verordnungen enthaltenen Schutzbestimmungen möglich ist. Aus diesem Grunde haben der Zentralverband der Angestellten sowie die übrigen AKA-Verbände die Verlängerung dieser Verordnungen bis zum 31. März 1923 beantragt.

Die Lohn- und Gehaltsfindung

Der unfindbare Teil des Lohnes oder des Gehalts ist auf Grund der im Dezember 1921 durch den Reichstag getroffenen Regelung immer noch auf 12.000 M. festgesetzt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Grenze durch die Geldentwertung vollkommen überholt ist. Der Zentralverband der Angestellten sowie die übrigen AKA-Verbände haben aus diesem Grunde eine Erhöhung dieser Summe auf 100.000 M. vorgeschlagen. Auch die übrigen bei der Lohn- und Gehaltsfindung für die Arbeitnehmer vorgesehenen Schutzbestimmungen sind insofern inaktiv geworden, als die vorgesehenen Gehaltsgrenzen durch die Geldentwertung vollkommen überholt sind. Auch hier haben die genannten Verbände eine entsprechende Erhöhung beantragt.

Neue Gehaltsätze im Zeitungsgewerbe

Am 18. September er. tagte unter dem Vorsitz des Gewerberats Körner das für das Berliner Zeitungsgewerbe vereinbarte Schiedsgericht. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde vereinbart, daß beide Parteien den Schiedsspruch annehmen, wenn zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer für diesen Schiedsspruch stimmen. Die Kammer fällt mit den Stimmen von je zwei Beisitzern unter Stimmeneinstimmung des Unparteiischen folgenden Spruch: „Es wird auf die Augusthälften für den Monat September für die verheirateten Angestellten einschließlich der Diätäre ein Zuschlag von 50 Prozent, für die ledigen Angestellten ein solcher von 45 Prozent gezahlt.“ Die neuen Gehaltsätze sind ab Freitag vom Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10, zu haben.

Streik in der Fourragebranche

Seit Mittwoch stehen die Kutscher, Arbeiter und Arbeiterinnen der Fourragebranche im Streik. Der von den Arbeitnehmern abgelehnte Schiedsspruch lautete: Für Kutscher und Arbeiter pro Woche 3200 M., für Arbeiterinnen pro Woche 2600 M. Sollten sich die Verhältnisse bis 15. September 1922 wesentlich verschlechtern, soll in neue Verhandlungen über die Löhne ab 15. September 1922 eingetreten werden. Nach neuen Verhandlungen beim Oberpräsidenten erklärten die Arbeitgeber, nicht mehr wie 2800 M. für Kutscher und Arbeiter und 2250 M. für Arbeiterinnen pro Woche zu zahlen. Die Vollversammlung nahm den Bericht der Lohnkommission über den ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber entgegen und beschloß durch geheime Abstimmung einstimmig, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Arbeitgeber durch Unterdrückung des Schiedsspruches anerkannt haben.

Wir bitten alle Kollegen und Genossen, strenge Solidarität zu üben. Jeder Kutscher

und Arbeiter welcher arbeitet, muß einen Ausweis haben mit dem Vermerk, daß die Firma bewilligt hat; ist dieses nicht der Fall, so ist der Betreffende als Streikbrecher anzusehen.

Blumen- und Federn-Arbeiterinnen

In einer starkbesuchten Versammlung teilte der Bevollmächtigte Rückert mit, daß der Schlichtungsausschuss einstimmig einen Schiedsspruch, der die Erhöhung der Tariflöhne der Facharbeiterinnen um 100 Prozent, der Hilfsarbeiterinnen um 140 Prozent vorschlag, gestellt hat. Nach längerer Diskussion nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die Gruppen-Versammlung der Blumen- und Federn-Arbeiterinnen nimmt den Schiedsspruch, trotzdem er die Arbeitnehmer nicht voll befriedigt, an. Sollten die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen und die Auszahlung der festgesetzten Löhne am Freitag nicht erfolgen, beauftragt die Gruppenversammlung die Verbandsleitung, alle Maßnahmen zu treffen, um die Annahme des Schiedsspruches und die Auszahlung der Löhne zu erzwingen.“

Jetzt wird bekannt, daß die Arbeitgeber den Spruch abgelehnt haben. Die Arbeitgeber glauben also, daß es einer 24-jährigen Hilfsarbeiterin möglich ist, mit einem Wochenverdienst von 900 Mark oder einer Facharbeiterin mit 1575 oder einem verheirateten Auschläger mit 1775 Mark auszukommen. Wir geben der Öffentlichkeit von diesen Hungerlöhnen Kenntnis und hoffen vom Herrn Demobilisierungskommissar, daß er diesen einstimmig gefällten Spruch für verbindlich erklärt.

Die Lohnbewerka im Töpfererwerb ist beendet. Beide Teile einigten sich auf einen Stundenlohn für Denscher von 95.— Mark. Bei Akkordarbeiten werden 9400 Prozent Feuerzusatz auf den bestehenden Tarif gezahlt. Für Hilfsarbeiter sollen gezahlt werden: 14 bis 16 Jahre alt 25,30 Mark, über 16 bis 18 35,50 Mark, über 18 bis 21 Jahre 45,00 Mark und über 21 Jahre 63,50 Mark. Diese Vereinbarung tritt ab 16. September bis einschließlich 30. September.

Glasler. Bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag erhielten Stimmen: Puffert 275, Gerres 252, Gutshahn 208, Schulz 201, Goerz 196, Koppe 175, Kuhnert 169, Kochow 147, Ehrlich 88. Die ersten Sechsz sind somit gewählt. Donnerstag 7 Uhr bei Lehmann Versammlung aller in den Bauglaserien und Glasfabriken beschäftigten Hilfsarbeiter und Kutscher.

Der Lohn beträgt ab 18. September für Glasler 80 M. pro Stunde. Für Montage pro Nacht wenigstens 150 M.

USPD-Genossen vom Siemenskonzern. Am Mittwoch, den 20. September, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Lange, Siemensstadt, Reichstraße Ecke Ronnendammallee, eine Fraktionsfeier statt. Alle Genossen haben zu erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Parteiveranstaltungen

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Die Hochzeitsfeier für unsere Winterarbeit (Beschäftigung der Kinder an schulfreien Nachmittagen) beginnt Freitag, den 22. September, 6 Uhr pünktlich in Reußens, Marienborst Weg (Hinter Wäntzen vom Stadtbahnhof Dammstraße), in der 5. Gemeindefabrik. Die Kinder werden wohnortlich sein. Für das gute Gelingen unserer Aufgabe ist es notwendig, daß aus jedem Bezirk zwei bis vier Helferinnen teilnehmen. Unkosten entstehen den Teilnehmerinnen nicht, da das Festgeld zurückzuerhalten wird.

Freitag, den 22. September 1922. 1. Verwaltungsbereich, 1., 2. und 3. Bezirk, Abends 7 1/2 Uhr Kommunale Kommission Versammlung bei Schellhauser, Hermannstr. 28. Vortrag über das Reichsministerium.

16. Bezirk (Adenau). Abends 5 Uhr Fraktionsfeier der Bezirksvereine im Rathaus Adenau, Zimmer 4.

19. Bezirk (Kreuzberg). 2. Abteilung, Abrechnung und Kassenrevision vom Sommerfest 7 Uhr abends bei Reichel, Bismarckstr. 44.

Donnerstag, den 21. September

Verwaltungsbereich Kreuzberg. Abends 7 Uhr Vollversammlung Arbeiter Elternräte und Kandidaten der Gemeinde, mittleren und höheren Schulen des Bezirks Kreuzberg in Raben Reußens, Bismarckstr. 20. Tagesordnung: Unsere freie Schulgemeinde. Es ist Pflicht aller Lehrer, Elternräte und Kandidaten, zu erscheinen.

15. Verwaltungsbereich (Adl. Johannistal). Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Vollversammlung: „Das Reichsministerium“. Referent Genosse Dr. Freund-Neufuß, im Lokal Schreiner, Bismarckstr. 6.

Schöneberg-Stadt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Seipke, Kronprinzengr. 47.

Freitag, den 22. September 1922

Treptow-Baumwollenebenweg. 12. Vorführung wissenschaftlicher Filme im Treptow-Baumwollenebenweg. Das 1. Trausche Arbeiter-Lern- und Sportfest in Belgis 1922. Die Kinder der des Arbeiterfreundes. Von Braten und Reußen. Eintritt um 3 Uhr (für Kinder) 2 Mark, um 6 Uhr 8 Mark, um 8 Uhr 10 Mark.

Vereinskalender

Reichsverband. Den Genossen zur Kenntnis, daß die Parteibibliothek nach dem Volkshaus Schornederstr. 114 verlegt worden ist. Ausgabe der Bücher jeden Mittwoch, abends von 8-9 Uhr.

Mittwoch, den 20. September 1922

Karlsruhe-Arbeiter. Abends 7 Uhr bei Pöcker, Weberstraße 17, Vollversammlung aller in den Hagen- und Karlsruhe-Bezirk beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Das Karlsruher.

Mitglieder-Verband. Witter, sorgt für Massenbesuch zur Hauptmitgliederversammlung um 7 1/2 Uhr im Restaurant Kollas, Rudolph, Hauptstraße 31. Tagesordnung: 1. Unsere Ziele am 1. Oktober 1922. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Berichtlesen.

Donnerstag, den 21. September

Zentralverband der Angestellten. Verhandlungsmitglieder, die Mitglieder der Karlsruher Ortsgruppe sind, beenden die Generalversammlung am 21. September, abends 6 Uhr, in der Musikalien, Kaiser-Wilhelm-Str. 30/31, Ausweis (September-Beitragssammlung der Masse) nicht vergessen.

Zentralverband der Angestellten. Gemeindeführer: Verwaltungsangelegenheiten, Familien-Versammlung, abends 7 Uhr, Frau Wilmersheim, Adenauer Str. 96/97.

Zentralverband der Angestellten. Chemische Industrie. Mitglieder-Versammlung, abends 8 Uhr, Adenauer-Bezirk, Adenauerstr. 21.

Deutscher Ostarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung aller in den Damenklub- und Umkleebetrieben Beschäftigten bei S. Wille, Scholtzenstraße 39.

Freie Schulgemeinde Wedding. Öffentliche Elternversammlung ab 7 Uhr in der Paulstraße, Adenauerstr. 64, nahe Weststraße. Thema: „Die weltliche Schule“. Referent: Harrer Welter. Freie Schulgemeinde.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Modellschüler, abends 8 Uhr, Brander-Versammlung in der Schule, Weinmeisterstr. 10/17. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung der Tisch- und Reparaturbranche in den Wulfer-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31 (Vorlesaal), Stellungnahme zum Tarif.

Verband der Schuhmacher. Versammlung der Laufstapfen, abends 7 1/2 Uhr, Michaelstr. 23 a.

Männerklub Friedrichs-Bezirk (M. d. D. K. B.). Abends 7 1/2 Uhr, in der Luis der Kollas, Egelstr. 10/11, öffentliche Versammlung zwecks Gründung eines Frauen- und Mädchenklubs. Zahlreiche Mädchen aller fangestützigen Genossinnen und Genossen erwünscht. Der Vorstand.

Freitag, den 22. September 1922

Abend der technischen Angestellten und Beamten. Mitglieder-Versammlung Kegel, Hauptstr. 6, abends 7 1/2 Uhr.

Arbeiter Sport

Freie Schwimmvereins. Referent: Bobbe am Donnerstag, von 7-8 Uhr Kinder und Nichtschwimmer, von 9-9 1/2 Uhr Jugend und Erwachsene.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Anzeigen- und geschäftlichen Teil: Fritz Kober, Berlin. — Reichs-Genossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Geyling & Ketzner, e. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Müllerstr. 70.